

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 10 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Samstag, den 13. Januar 1934 Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Deversinkende Reichsbischof
Seite 2

Kammerdebatte
und Straßenkämpfe
Seite 2

Naziführer-Emigrant spricht
Seite 3

Van der Lubbes Hinrichtung
Seite 4

Reichsgericht rühmt die Sozialdemokratie

Hohes Lob für ihre heldenhafte illegale Arbeit

Berlin, 11. Jan. Im Rahmen des Abwehrkampfes gegen die ausländische Grenzpropaganda hat das Reichsgericht heute eine wichtige, grundsätzliche Entscheidung gefällt. Aus Anlaß des Strafverfahrens gegen einen tschechoslowakischen Händler aus Hof i. Bayern, der mehrere Exemplare der Ministerursgabe der in Karlsbad erscheinenden „Feh- und Wochenchrift Der neue Vorwärts“ eingeschmuggelt und hier vertrieben hatte, wurde vom höchsten deutschen Gericht nun auch der neue, von politischen Flüchtlingen im Ausland bestimmte deutschfeindliche Kurs der SPD, als hochverräterisch erklärt. Außerdem wurde bei dem Angeklagten ein Verstoß gegen die Aufrechterhaltung des Zusammenhanges unter den früheren Parteien verbietende Verordnung gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 angenommen und auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren erkannt. Der Vorsitzende betonte in seiner Urteilsbegründung, daß sich nun auch die SPD, durch ihre im Ausland betriebene Grenzschleife in die Front der staatsfeindlichen marxistischen Parteien eingereiht habe mit dem eindeutigen Ziel des gewalttätigen Umsturzes der Hitlers-Regierung. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten habe der frühere legale Kurs der Partei eine völlige Aenderung erfahren und sei nun zur unversöhnlichen Illegalität übergegangen. Die Parteileitung habe sich, wie sich aus ihren Kampfschriften ergebe, auf neue revolutionäre Methoden umgestellt und versuche nun, durch hochverräterische Intrigen von jenseits der Reichsgrenzen, insbesondere durch Grenzpropaganda, das Ansehen des Deutschen Reiches und die Autorität seiner Regierung zu schädigen.

D. F. In diesem Urteil mischt sich Wahrheit mit niedriger Verlogenheit.

Nie hat die Sozialdemokratie das Ansehen des Deutschen Reiches herabgemindert und nie wird es ein Sozialdemokrat tun. Die Tatsache, daß im Reich und außerhalb seiner Grenzen immer wieder deutsche Sozialdemokraten zeigten, daß wichtige Volksteile sich voll Absehen von den Schandtatzen diktatorisch herrschender Banden abwenden, ist ein harter Gewinn für die in der ganzen Welt bedrohte Ehre Deutschlands.

Das Urteil bewegt sich in sonderbaren Widersprüchen. In einem Satz erhebt es den Vorwurf, daß die Sozialdemokratie „zur unversöhnlichen Illegalität“ übergegangen sei, während es vorher schon festgestellt hat, daß durch die Verordnung vom 14. Juli 1933 alle Parteien verboten worden sind, die Reichsregierung also selbst jeden Deutschen zur Illegalität treibt, der anrecht nach seiner politischen Ueberzeugung handeln will.

Der Vorwurf des Hochverrats wirkt in solchem politischen Kampfe leicht. Außerhalb einer wirklichen Demokratie sind große, für die innere Entwicklung eines Volkes notwendige Ziele so gut wie nur durch Hochverrat zu erreichen, durch den Waffenturm des Volkes gegen die herrschenden Eliten, die durch Waffengewalt das Volk niederhalten.

Richtig gesehen ist nicht die Sozialdemokratie illegal, sondern die jetzige Reichsregierung. Ihr ist der Weg gebahnt worden durch eine vom Reichspräsidenten geübte Auslegung der Reichsverfassung, die mit deren Inhalt und Geist nicht zu vereinbaren ist. Das war Verfassungsbruch und Illegalität von oben. Der Reichskanzler Hitler hat vom ersten Tage seiner Amtszeit an trotz seinem Eide die Reichsverfassung wie einen leeren Papiert behandelt. Er hat das Vertrauensvotum eines frei gewählten Parlaments, wie es nie noch heute gültige Reichsverfassung vorschriftet, und auch nie das Vertrauensvotum eines freien Volksteils erlangt.

Die sehr knappe Mehrheit der sogenannten „nationalen Parteien“ bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 wurde nur durch Verfassungsbruch erreicht. Nur dadurch, daß der Reichskanzler entgegen seinem Verfassungseid die Opposition ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubte. Dadurch auch, daß der Reichspräsident die von ihm beschworene Reichsverfassung tagtäglich durch die Reichsregierung und durch die Landesregierungen verletzen ließ.

Eine Zweidrittelmehrheit für das verfassungsändernde Ermächtigungsgesetz kam in diesem verfassungswidrig gewählten Reichstage nur durch einen neuen Verfassungsbruch zustande. Der Reichspräsident und die Reichsregierung beraubten die kommunistischen Volksvertreter ihrer Mandate, obwohl in diesen Gewaltakt, der in der deutschen Geschichte ohne Beispiel ist, keinerlei Begründung aus der Reichsverfassung genommen werden kann. Nur durch dieses Staatsverbrechen war die Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstage möglich. Dieses Gesetz und alle Verordnungen auf Grund dieses Gesetzes sind Verfassungsbruch. Rein staatsrechtlich betrachtet, ist kein Deutscher dieser eiddrängigen Gesetzgebung

gehorsamspflichtig. Daß die regierende Partei und ihre Kreaturen in den deutschen Gerichten einseitigen die Gewalt haben, auf Grund dieser verfassungswidrigen Gesetzgebung Strafen zu verhängen und durchzuführen, ändert an der Rechtswidrigkeit nichts.

Die Sozialdemokratie hält es für ihre deutsche Volkspflicht, die verfassungsbrüchigen Reichsgewalten zu kürzen, und zwar mit allen, aber auch allen zweckdienlichen Mitteln. Diese Reichsgewalten haben sich außerhalb der in der Republik von Weimar gültigen Gesetze gestellt. Diese Reichsgewalten haben alle ihnen, wenn auch nur geistig, widerstrebenden Volksgenossen geachtet. Eine solche Herrschaft darf nicht erwarten, daß ihre Gegner lebenslang die Zeichen tragen wollen, die sie ihnen auferlegt hat.

Die vielen Sozialdemokraten, die im Reiche der harten und übermächtigen Gewaltregierung durch die Lat tragen, wagen und leisten viel. Wir, die wir ihnen nur die geistigen Waffen reichen können, nehmen uns nicht heraus, unsere Leistung mit der ihrigen zu vergleichen. Das Urteil von Leipzig aber wird die ganze illegale Sozialdemokratie sich als ein Ehrenzeugnis an die Fahnen ihres Kampfes heften. Die Sozialdemokratie geht den Weg, der ihr durch die hochkapitalistische Gegenrevolution vorgeschrieben worden ist. Der Weg friedlicher Evolution ist verboten. Die Sozialdemokratie sammelt und scheidet und führt zur deutschen sozialistischen Revolution.

Zuchthauskittel als Ehrenkleid Die Schande deutscher Parteiführer

In der ganzen zivilisierten Welt wird geistiger politischer Kampf nicht mit ehrenrührigen Strafen belegt. Der deutschen Schandjähre bleibt es vorbehalten, für die Verteilung von oppositionellen Flugchriften — Zuchthaus und Ehrverlust zu verhängen. Freilich wird dadurch nicht den Verurteilten die Ehre genommen, sondern der Regierung, die schändlichen Verordnungen erläßt und den Richtern, die sich zu schändlichen Urteilen hergeben.

Vor dem Sondergericht in Frankenthal standen sechs Angeklagte, die sich wegen Verbreitung verbotener Druckschriften zu verantworten hatten. Es handelt sich um den 30 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Olfenbacher aus Berg, den 45 Jahre alten Maurer Jakob Breitenmeyer aus Hagenbach, den 47 Jahre alten Arbeiter Alois Schneider aus Pflanz, den 37 Jahre alten Arbeiter Otto Reisch aus Pflanz, die 33 Jahre alte Ehefrau Karoline Olfenbacher aus Berg und die 41 Jahre alte Ehefrau Anna Reisch aus Pflanz.

Das Sondergericht verurteilte Schneider zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Reisch zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, Olfenbacher, unter Einrechnung einer vom Amtsgericht Landel gegen ihn ausgesprochenen Gefängnisstrafe von einem Monat, zu einem Jahr, sechs Monaten, 14 Tagen Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust, Breitenmeyer zu einem Jahr Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust. Die beiden Ehefrauen erhielten je sechs Monate Gefängnis.

Die Angeklagten sind frühere SPD-Anhänger, die seit September 1933 im Austrage des früheren SPD-Stadtvereins in Karlsbad nach einem wohlbedachten Plan mehrere Pakete marxistischer Druckschriften, z. B. „Neuer Vorwärts“, „Sozialistische Aktion“ usw. über die Grenze bei Lauterburg aus dem Elsaß hergebracht und an den Welt abgeliefert hatten, der sie in Tausenden von Exemplaren nach ganz Deutschland weiterverbreitete. Die Vereindringung der Druckschriften aus Frankreich über die elsaßische Grenze statt in der Weise vor sich, daß der Angeklagte Olfenbacher die Druckschriften in Lauterburg in der Bäckerei zum Schwan abholte und in seine Wohnung nach Berg brachte. Dort wurden sie von Breitenmeyer abgeholt und nach Hagenbach gebracht, von wo sie wieder Schneider und Reisch nach Pflanz holten und von dort aus wurden sie durch Mittelsmänner des Welt nach Karlsbad gebracht. Weil wurde ebenfalls verhaftet und hielt seiner Aburteilung entgegen. Es war also eine förmliche Kette gebildet von Frankreich bis Karlsbad, von wo aus dann das übrige Deutschland mit dieser marxistischen Diktatorat überschwemmt wurde.

In der Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende, Landgerichtsdirktor Göpfer, daß das Vorgehen der Angeklagten nahe an Hochverrat grenze und daß deshalb schwere Strafen gegen die Angeklagten ausgesprochen werden mußten.

Abwärts

Das Rätsel der Lohnsteuer

Dr. N. N. Durch eine Anzahl deutscher Zeitungen tief in der letzten Zeit eine Veröffentlichung der „Telegraphen-Union“ unter obigem Titel, worin versucht wurde, die Tatsache zu erklären, daß in Deutschland trotz der angeblich stark gesunkenen Arbeitslosenzahl die Lohnsteuer weniger einbringt. Aus drei Gründen wurde diese Erklärung versucht: 1. Aenderungen der Lohnsteuer-Gesetzgebung, 2. soll das Lohnsteuerauskommen überhaupt kein Maßstab für das Lohnneinkommen, und erst recht nicht für die Zahl der Beschäftigten sein, und 3. sei aus verschiedenen Gründen das Lohnneinkommen des Volkes gegenüber dem Vorjahre weniger gestiegen als die Zahl der Beschäftigten.

Zum ersten Punkte wird in der Erklärung der „Telegraphen-Union“ bemerkt, daß die gesetzlichen Aenderungen der Lohnsteuer-Gesetzgebung im Jahre 1933 den Ertrag der Lohnsteuer verminderten. Jeder, der das deutsche Lohnsteuergesetz von früher und von diesem Jahre kennt, weiß, daß diese Behauptung der Telegraphen-Union falsch ist; es werden deshalb auch nur einige Zahlen angegeben, ohne den Schaffen eines Beweises zu liefern.

Das gilt noch mehr für den zweiten Punkt: soziale Gestaltung der Lohnsteuer. Gerade auf diesem Gebiete haben die Aenderungen der Lohnsteuer-Gesetzgebung im Jahre 1933 einschneidende Verschlechterungen gebracht. Die Befreiungssätze haben schon immer bestanden; darüber hinaus konnten früher die Lohnsteuerpflichtigen durch Antrag bei den Finanzämtern eine Erhöhung durch Werbekosten, Kulturaufwand usw. erzielen, so daß früher Steuerbefreiung von 150, 180 Mk. und noch mehr sehr wohl möglich waren. Dieses ist durch die Aenderungen der Lohnsteuer-Gesetzgebung heute unmöglich gemacht. So sollen die Gewerkschaftsbeiträge usw. jetzt nicht mehr abgezogen werden. Die Basis für die Erfassung der Lohnsteuer ist also nach unten erweitert worden, und sehr viele Arbeiter und Angestellte, die früher keine oder nur wenig Lohnsteuer zahlten, werden heute viel höher besteuert. Das beweisen die Lohnrechnungen von früher und heute. Ganz verächtlich heißt es ja auch in der Erklärung der T.-U., daß das Lohnsteuerauskommen sehr empfindlich gegen die Kürzung der höheren Gehälter sei, wie sie die neue Zeit vielfach mit sich gebracht hat. Damit rücht man an dem wunden Punkte: man hat eine Anzahl schlecht bezahlter Arbeitskräfte in die Betriebe gebracht und dafür den Besserbezahlten das Einkommen gekürzt. Der durch die Arbeitsbeschaffungspläne und die Einstellung von Arbeitskräften gewünschte Erfolg wurde also nicht erzielt; weder wurde weitere Arbeit geschaffen und selbstverständlich auch kein weiteres Einkommen. Das Volkseinkommen sank weiter und damit auch das Lohnsteuerauskommen.

Auch im dritten Punkte ist die Darstellung der T.-U. nur teilweise richtig. Wenn es darin heißt, daß eine Konjunkturbesserung nicht vorzeitig durch Lohn- und Preissteigerung aufgestossen, sondern weitergetrieben werden soll, so ist dazu zu bemerken, daß die Preise für die lebensnotwendigsten Produkte im Jahre 1933 ganz erheblich gestiegen, die Löhne aber ebenso enorm gefallen sind. Alle über den Tarifföhnen liegenden Einkommen sind fast restlos auf die reinen Tarifföhne zurückgeschraubt, ganze Kategorien von Arbeitern, die früher durch Leistungs- oder Akkordzulagen und dergl. besseres Einkommen hatten, werden heute mit dem nächsten Tariflohn abgepeist. Man sehe sich z. B. die Verhältnisse in den grafischen Betrieben an! Maschinenfeger, Notationsdrucker, Anzidenzseher und sonstige besonders qualifizierte Berufsangehörige, die früher 70, 80 Mark und mehr Durchschnittswochenlohn hatten, gehen heute im besten Falle mit 50 bis 60 Mark nach Hause. So ist es auch in allen anderen Berufen und Gewerben, und auf diese Art und Weise wurden die Löhne und Gehälter seit dem Frühjahr 1933 „stabil“ gemacht! Ueber eine ganz einschneidende Aenderung der Lohnsteuer-Gesetzgebung gleitet die Darstellung der T.-U. elegant hinweg: die Aufhebung der Rückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer. Früher war es jedem Lohnsteuerpflichtigen möglich, am Ende des Jahres eine Aufstellung seines Gesamtjahreseinkommens zu machen und die Rückzahlung der von ihm zuviel gezahlten Lohnsteuer zu verlangen. Es konnte also die Zeit der Arbeitslosigkeit oder

Krankheit in Abzug gebracht werden. Jedes Jahr wurden in den drei ersten Monaten Tausende Anträge an die Finanzämter gerichtet und mehrere Millionen Mark Lohnsteuer zurückgezahlt. Jetzt muß jeder, der in Arbeit steht, und wenn es auch nur kurze Zeit dauert und er die übrige Zeit arbeitslos ist, in zutreffendem Fall Lohnsteuer zahlen. Rückerstattung gibt es nicht mehr, gezahlt ist gezahlt. Das wird sich allerdings erst beim Gesamtjahresergebnis der Lohnsteuer auswirken. Aber vielleicht kommt man dann und behauptet, daß die Lohnsteuer im Jahre 1933 gestiegen sei.

Vielleicht kann die deutsche Reichsregierung — denn von ihr stammt zweifellos die Darstellung der T. U. — auch einmal erklären, wie es kommt, daß nicht nur die Lohnsteuer, sondern auch andere Steuern und Einnahmen zurückgehen. So sind nach den eigenen Veröffentlichungen der Reichsfinanzverwaltung die Steuereinnahmen im Monat November 1933 gegenüber dem Oktober von 591,9 Mill. Mark auf 542,7 Mill. Mark, also um 49,2 Mill. Mark = 8,3 Prozent zurückgegangen. Sind daran auch Änderungen der Gesetzgebung schuld? Oder äußert sich darin das aufblühende Wirtschaftsleben des neuen Deutschland?

Da es leider unmöglich ist, in Deutschland selbst die vorstehenden auf genauer Kenntnis der Tatsachen beruhenden Darlegungen zu veröffentlichen, bitten diejenigen Arbeiter und Angestellten, die auch heute noch Wahrheit und Klarheit lieben, die ausländische Presse um Beachtung vorstehender Ausführungen.

Professor Radbruch

Berlin, 11. Jan. Zu der Meldung aus Rowno über seine Berufung an die dortige Universität teilt Professor Radbruch mit, daß er selbst zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen habe. Er habe seinen Wohnsitz nicht ins Ausland verlegt, sondern befinde sich seit der nationalen Revolution ununterbrochen in Deutschland.

Heerführer veriemt

Prinz Albert von Württemberg

Prinz Albert von Württemberg, der im Alter von 68 Jahren steht und während des Krieges eine Armee befehligte, ist aus dem Stahlhelm und aus verschiedenen Offiziersverbänden, denen er angehört, ausgeschlossen worden, weil er am 12. November sich der Wahl enthielt.

Vater und Sohn

(Jupres.) Der Sohn des Arbeiters Thorndorfer in Berlin-Moabit wurde verhaftet und beim Verhör schwer mißhandelt. Die Eltern erzielten über den Verbleib des Sohnes keine Auskunft. Erst später fanden sie ihren Sohn im Schaubau als Leiche wieder. Die Nazis erklärten, daß der Tote auf der Straße gefunden worden sei. Der Vater erwiderte erregt, daß kennen wir schon, und wurde daraufhin kurzerhand ebenfalls verhaftet.

Zeitungsverbote

Saarbrücken, 11. Januar.

Auf Grund der Ziffer 4 des in Artikel 15 der Verordnung vom 28. November 1933 (Amtsblatt 1933 Nr. 606) enthaltenen Zusätze zu Artikel 12, Abs. 1 der Verordnung vom 20. Mai 1933 zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit wird in Erwägung, daß die Nr. 8 des 12. Jahrganges der „Homburger Neuesten Nachrichten“ vom 10. Januar 1934 unter der Überschrift „Die Saarkommission und der freibrieflich gesuchte Oberregierungsrat Rißler“ einen Artikel enthält, der den Tatbestand der vorerwähnten Gesetzesbestimmung erfüllt, folgendes verfügt: Die Tageszeitung „Homburger Neueste Nachrichten“ und jede analoge neue Druckchrift, die sich inhaltlich als die von dem Verbot betroffene Tageszeitung „Homburger Neueste Nachrichten“ darstellt, wird für die Dauer einer Woche verboten.

Der Direktor des Innern wird mit der Ausführung dieser Verfügung beauftragt.

Das Mitglied der Regierungskommission für die Angelegenheit des Innern: gez. G. G. Ruz.

Auch das „Saarbrücker Abendblatt“ ist für eine Woche verboten worden.

Erstes Todesurteil in Oesterreich vollstreckt

Wien, 11. Jan. Am Donnerstag um 15.20 Uhr wurde das Todesurteil des Standgerichtes in Graz an dem 33jährigen vorbestraften Vandalen Peter Strauß vollzogen. Strauß hatte aus Rache den Besitz eines Bauern angezündet, da ihm einem von diesem gegebene Unterstützung zu gering erschien. Vom Bundespräsidenten konnte keine Gnadenverfügung getroffen werden, da die Bundesregierung zu der Gnadenbitte der Verteidigung keinen Antrag gestellt hatte. Diesen Antrag schreibt Art. 67 des Bundesverfassungsgesetzes vor. Um 15 Uhr hatte der Gerichtshof dem Strauß die bevorstehende Vollstreckung des Urteils mitgeteilt. Es ist das erste Todesurteil, das in der Republik vollstreckt worden ist.

Einer amtlichen Mitteilung zufolge hat der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz Henderson am Donnerstag Sir John Simon den Inhalt von Mitteilungen bekanntgegeben, die er bezüglich der Frage angemessener Garantien für die lokale Durchführung des Abrüstungsabkommens empfangen hat. Ueber diese Mitteilungen wird Henderson der Abrüstungskonferenz Bericht erstatten. Der „Times“ zufolge verlangt, daß diese Mitteilungen sich auf das System der internationalen Untersuchung beziehen, das in dem geplanten Abrüstungsabkommen vorgesehen werden soll.

Hindenburg läßt den Reichsbischof fallen

Das Neuterbär meldet aus Berlin: Der Reichsbischof Dr. Müller hat vom Reichspräsidenten Hindenburg einen offiziellen Verweis erhalten wegen seiner distanzierenden Handlungen in der deutschen protestantischen Kirche und wegen seines Verweises, die evangelische Jugendbewegung mit der Hitler-Jugend zu verschmelzen.

Kammerdebatten, Straßenkämpfe

Die politische Erregung in Paris

Der Präsident appelliert

Paris, 11. Jan. Die seit Tagen mit Spannung erwartete Kammerdebatte, die dem Stavisky-Skandal gewidmet ist, begann heute um 15.30 Uhr im Zeichen der allgemeinen Nervosität. Der zum zehntenmal wiedergewählte Kammerpräsident Douffon eröffnete die Sitzung. Er führte u. a. aus: Die Kammer ist ungebildet. Sie will ohne Verzögerung in die vom ganzen Land erwartete Aussprache eintreten. Wollen wir zulassen, daß noch länger die Unruhe andauert gegenüber dem trotz aller mühtigen Anstrengungen weiterbestehenden Fehlbetrag im Haushaltsplan, die Unruhe gegenüber der außenpolitischen Lage, die unbestimmt zu sein scheint, obwohl die französische Politik in ihrer Beständigkeit und in ihrem Festhalten am Frieden in den Augen aller klar ist? Wird die Abrüstungskonferenz durch ein unbürokratisches Paradoxon, durch eine grausame Ironie Auktast etwas neuen Beitrags sein? Weiter die Unruhe gegenüber der Unhaltbarkeit der Regierung, ist es für die Autorität der Regierung nicht außerordentlich abträglich, daß in einem Jahre vier Kabinette aufeinander gefolgt sind? Sodann die Unruhe gegenüber der tragischen Eisenbahnkatastrophe von Cognac! Und nun wird ein neuer Skandal, die schwerwiegende Frage auf: Wird das Privatkapital, an das der Staat appelliert, um seine schwebende Schuld zu konsolidieren, immer wieder von den Fresshien ausgebeutet werden? Die öffentliche Meinung ist alarmiert. Man wird sie nur durch eine klare Sprache beruhigen können.

Nach Verlesung der langen Reihe der Interpellationen erklärte Ministerpräsident Chaumets, daß er mit der Behandlung der Interpellationen über das Friedensabkommen von Cognac Freitag, den 19. Januar, vorschläge, und für die Aussprache über die Stavisky-Interpellationen die heutige Sitzung annehme.

Die Interpellanten

Als erster Interpellant betrug der Sozialist Lagrange die Tribüne. Er stellte die Behauptung auf, daß der Selbstmord Staviskos in Wirklichkeit ein Polizeimord sei. (Große Erregung.) Der Ministerpräsident protestierte gegen diese Worte. Im weiteren Verlauf seiner Rede zählt Lagrange die Persönlichkeiten auf, die Stavisky zu Mitgliedern der Aufsichtsräte seiner Unternehmungen gewählt hatte. Es sind Diplomaten, Generale, Präfekten usw. Unter allgemeinem Lärm fordert der Redner zum Schluß sofortige Maßnahmen und strenge Sanktionen.

Der nächste Interpellant, der Sozialist Mennet, geht von dem Duffre-Skandal aus und zieht Parallele zum Stavisky-Skandal. Er stellt fest, daß zwei Abgeordnete kompromittiert sind, Garat und Bonnasse. Er verlangt, daß volles Licht in diese dunkle Affäre gebracht und ein nationales Presseamt geschaffen wird. Die Justiz müsse schneller arbeiten. Der Redner erklärt, er wolle keine Regierungskrise heraufbeschwören, aber die sozialistische Partei werde dem Ministerpräsidenten nur das Vertrauen schenken, wenn er sich als unerbittlicher Richter erweise.

Der nächste Interpellant, der Nationalist Domange, greift besonders den bisherigen Kolonialminister Dalmeier an, der sich in derselben Weise wie im Kabinettsrat verteidigt. Unter großem Lärm kommt der Redner zu der Schlussfolgerung, daß die von der jetzigen Regierung eingeleiteten Untersuchungen die öffentliche Meinung nicht beruhigen könnten, da die Untersuchungsleiter selber Gegenstand von Untersuchungen sein müßten.

Ministerpräsident Chaumets

betont, daß er das Verfahren streng und beschleunigt durchführen lassen werde, ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf die Familie der Betroffenen und ihre Freundschaften. Er spricht über die Reformbedürftigkeit des Gefängniswesens und bittet den Justizminister, Schritte zu unternehmen, damit selbst frauke Häftlinge in einer Art Gefängnis-Hospital untergebracht werden können. Er gibt zu, daß ernste Fehler begangen worden sind, weist aber energisch die Behauptung zurück, daß dies auf Mittertäuschung in den Verträgen zurückgehe. Man werfe der Polizei vor, daß sie nicht genügend unterrichtet gewesen sei; aber sei Stavisky denn nicht von Persönlichkeiten vorgestellt worden, die für seine Ehrlichkeit bürgten?

Der Ministerpräsident erklärt weiter, er beabsichtige eine vollständige Reform der Gerichts- und Sicherheits-polizei. Er wolle selbst die Autorität über beide haben. Auch die Pressevereinigungen müßten Maßnahmen zur

Säuberung treffen. Denn stets treffe man hier verdächtige Journalisten.

Der Ministerpräsident kommt dann auf die Gerüchte zu sprechen, wonach Stavisky gar nicht Selbstmord begangen habe. Er erklärt dazu, daß er noch heute einen Gesandten einbringen werde, der die Verleumdung zwingt, sofort ihre Angaben unter Beweis zu stellen.

Lob und Tadel

Die Presse über den Ministerpräsidenten

Paris, 12. Dez. Nach der Stellungnahme des Ministerpräsidenten Chaumets in der Interpellationsdebatte über die Stavisky-Affäre neigt man der Auffassung zu, daß die Regierung sich durchsehen wird. Chaumets hat sich seiner Aufgabe meisterhaft entledigt, schreibt „Journal“, und wenn bei Fortsetzung der Aussprache nichts Neues eintritt, darf man, ohne vorzeitig zu sein, behaupten, daß er gewonnenes Spiel hat. Der „Matin“ hebt den starken Beifall hervor, den die Ausführungen des Ministerpräsidenten auf fast allen Bänken des Hauses ausgelöst haben. Seine Intervention habe den Boden bereits weitgehend geebnet. Die Unzufriedenheit der Opposition über eine günstige Wendung, die etwa die Aussprache für die Regierung nehmen könnte, kommt in den Kommentaren ihrer Blätter zum Ausdruck. So schreibt „Echo de Paris“: Das Chaumets sagte, waren Worte, nichts als Worte. Wir wollen abwarten, wie sein Reinlaugenswille sich auswirken wird. Er wird sich vor allem in seiner eigenen Partei betätigen können.

Die Sozialisten wollen versuchen, anlässlich dieser Aussprache bestimmte Forderungen ihres Programms durchzuführen. Wir verlangen, schreibt ihr Führer Blum im „Populaire“, in Erwartung der endgültigen Nationalisierung schon jetzt, daß die Reservefonds der Versicherungs-gesellschaften und Kreditanstalten der öffentlichen Verwaltung unterstellt werden. Wir wollen den Kampf auf diesem Gebiet führen und ausfechten.

Straßenkündgebungen

700 Verhaftungen

Paris, 12. Jan. Der starke polizeiliche Ordnungsdienst, der am Donnerstag wegen der Kundgebungen vor dem Kammergebäude eingesetzt worden war, konnte am Mittwoch wieder aufgehoben werden. Die Manifestanten hatten mehrmals versucht, in Kolonnen gegen das Kammergebäude anzurücken und auch ins Arbeitsministerium einzudringen. Andere Abteilungen zogen in den kalten Abendstunden lärmend und singend über die großen Boulevards. Ueberall befiel die Polizei die Oberhand, aber nirgends ging es ohne Zusammenstöße ab, die auf dem Boulevard Raspail und auf dem Boulevard St. Germain in regelrechte „Strohen-schlachten“ ausarteten. Hier bombardierte die Menge mit Steinen, Glasern, Stählen, Tischbeinen und herausgerissenen Gittern usw. die Ueberfallkommandos. Die Terrassen der umliegenden Cafés glühten nach Wiederherstellung der Ordnung einem wässren Trümmersfeld. Nicht weniger als 700 Verhaftungen sind im Laufe des Abends vorgenommen worden. Einige hundert Manifestanten und Polizisten sind mehr oder weniger schwer verletzt worden. Das Opfer seines Berufes wurde ein französischer Journalist, der in dem Augenblick, als er die Strohenjungen zu Papier bringen wollte, in einen Zusammenstoß hineingeriet und niedergetreten wurde. Er ist mit nicht unerheblichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Nach Feststellung der Personalien sind sämtliche Verhaftete kurz nach Mitternacht wieder freigelassen worden.

Straßenkündgebungen haben gestern auch, wie die Blätter melden, in Lyon stattgefunden.

Noch mehr Skandal?

Paris, 12. Jan. Der nach Bayonne entsandte Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ erklärt: Wir haben erst am Anfang der Anklageerhebung. Man flüster Namen und sogar Namen von Personen, die sehr hoch stehen und noch gestern den Titel Erzengel führten. Wir haben darauf hingewiesen, daß wir am Vorabend eines politischen Skandals stehen, der wahrscheinlich den Panama-Skandal weit hinter sich läßt. Diese Vorauslage scheint sich zu bestätigen, aber viel schlimmer wird es werden, wenn nach der Liquidierung der Bayonner Bonds die Hauptfrage, die der ungarischen Agrarbond, in Angriff genommen werden wird.

Sämtliche Blätter in Budapest bringen die amtliche Meldung, daß der Architekt Matera, der Leiter der Gruppe österreichischer Nationalsozialisten, die vorgestern die Grenze nach Ungarn überschritten haben, den Ausweisungsbefehl erhalten hat.

Müllers Stern erlischt

Bodelschwingh in Berlin

Hitler läßt den Reichsbischof fallen?

Berlin, 11. Jan. Der Reichsbischof Müller, der gestern in der Reichskanzlei um eine Unterredung mit Hitler nachsuchte, ist nicht empfangen worden. Er hat in Hannover den ersten Reichsbischof, von Bodelschwingh, getroffen, der bekanntlich auf Nazi-Brud Mitte des vorigen Jahres zurücktrat. Die Aussprache hat kein positives Resultat erbracht.

Man erzählt, daß Müller seit einigen Tagen Besprechungen mit dem Inspektor der Geheimen Staatspolizei, Dr. Diebls, führt. Es ist wahrscheinlich, daß der Reichsbischof verlust hat, eine staatliche Intervention im Kirchenkreis durchzuführen, die auf das Verbot des Pörrer-Notbundes und damit auf die Erklärung der Opposition abzielt. Für den Augenblick hat er mit seinem Vorhaben einen Erfolg nicht gehabt; die 1500 Pfarrer, die von der Kanzel den Protest gegen den Reichsbischof verkünden haben und die entsprechend eines früheren Erlasses hätten suspendiert werden müssen, zeigen sich nicht im mindesten beunruhigt. Inzwischen sind der frühere Reichsbischof, Dr. von Bodelschwingh, und der bayerische Bischof Meiser, die als geistliche Führer der Opposition gelten, in Berlin eingetroffen.

Kampf!

Gegen den Reichsbischof

Paris, Nürnberg, 11. Jan. Zu der Verordnung des Reichsbischofs vom 4. Januar 1934 betreffend „Wiederherstellung geordneter Zustände in der deutsch-evangelischen Kirche“ teilt

der Evangelische Presseverband für Bayern mit, daß die Kirchenleitungen der evangelischen Landeskirchen von Bayern und Württemberg den Vollzug dieser Verordnung abgelehnt und Rechtsverwehrung gegen sie eingelegt haben.

Verlassenes Kirchenministerium

Der letzte Kirchenminister tritt zurück

Paris, Berlin, 11. Jan. Amisch wird durch den Evangelischen Presseverband mitgeteilt: Prof. Dr. D. Beber hat sein Amt als Kirchenminister in die Hände des Reichsbischofs zurückgegeben. Der Reichsbischof hat die Kirchenführer auf Sonntag, den 13. Januar, nach Berlin eingeladen, um ihre Vorschläge zur Neubildung des geistlichen Ministeriums entgegenzunehmen. Der Reichsbischof hat Prof. Beber, ebenso wie die bisher ihre Ämter kommissarisch weiterverwaltenden Herren, Pfarrer Beber, Pfarrer Klein und D. Werner, gebeten, die Geschäfte bis zur Neubildung des geistlichen Ministeriums weiterzuführen.

Die Schwiegermutter als Hindernis

Berlin. Der Superintendent Gerandt aus Potsdam, der seines Amtes entsetzt wurde, weil seine Schwiegermutter nicht „rein-arischen“ Ursprungs ist, hat sich mit einer Empfehlung der Ex-Kronprinzessin Cecilie an die protestantische Kirche von Stockholm gewandt, um eine Stellung in Schweden zu erhalten.

Letztes Bollwerk des Deutschtums

Von einem Naziführer-Emigranten

Hier spricht ein Mann, der 12 Jahre an führender Stelle in der deutschen nationalsozialistischen Bewegung tätig war.

Redaktion der „Deutschen Freiheit“.

Wer nach so dreiviertel Jahr „Schuhhaft“ die Reichsgrenze hinter sich bringen konnte, betrachtet die Vorgänge im Reich vom Saargebiet aus mit ganz anderen Augen, als dies im allgemeinen üblich und drüben geschieht. Wenn ich nachfolgend darüber spreche, so ist mir im voraus klar, daß die liebenswürdige gleichgeschaltete Presse dieser Betrachtung persönliche Motive unterstellen wird. Doch das darf uns nicht abhalten, einmal offen über die Lage zu reden.

Hitlerdeutschland hat jeden Kampf gegen den Bolschewismus verboten, der nicht nach seinen eigenen Grundsätzen und mit seinen eigenen Methoden durch NSDAP-Stellen geführt wird. Die jüngste Anordnung seines Reichsbischofs beschränkt sogar das Predigtamt der evangelischen Kirche auf die nächtliche Verkündigung des Evangeliums. Es wird keinem Pfarrer mehr ohne Gefahr für seine Freiheit möglich sein, zu den Problemen der deutschen Wirklichkeit Stellung zu nehmen. Der Totalitätsanspruch des Hitlerismus hat also nur noch zwei ganz klare Fronten im Reich übrig gelassen: die bolschewistische und die hitleristische.

Bezüglich der bolschewistischen Front haben wir festzustellen, daß rein theoretisch ihre unter gewissen Umständen bestehende Existenzfähigkeit in Rußland unter Beweis steht. Bezüglich der hitleristischen Front können wir bis zu dieser Stunde noch nirgendwo den Beweis einer Existenzfähigkeit finden; der „Führer“ füllt noch wie vor seine Reden und seine Blätter mit Zukunftsträumen und linienlosen Anordnungen auf den verschiedensten beschlagnahmten Lebensgebieten und mit Vorliebe auf dem Gebiete des „ständischen Aufbaues“. Dennoch kommt es für die bezeichnete Zweifrontenlage im Reich auf die subjektive Unfehlbarkeit des Hitlerismus an. Verfolgt er, so präsentiert der Bolschewismus die Rechnung.

Der Bericht der Saar-Regierungskommission an den Völkerbund hat, wie es nötig war, einmal mit schonungsloser Deutlichkeit wenigstens ausschnittsweise den Naziterror entlarvt, der sich seit Monaten immer weiter anschwelkend im Saargebiet breit macht. Aber dieser Terror ist nur ein höchstens als schwachen Schatten anzuspieldendes Nachbild der Zustände in Reichsdeutschland. Wo zwei gut bekannte Menschen einander begegnen, haben sie sich zunächst zuzulächeln: „Man darf nichts sagen!“ Die schonungslos vollstreckenden Beamten der Finanzämter, die aus dem zweiten Reich überkommenen Polizei- und Gerichtsbeamten trösten ihre klagenden „Kunden“ mit: „Maulhalten, aushalten! Ihr habt ja nicht besser gewollt!“ Die von amtlichen Bettlern belagerte Geschäftswelt klagt: „Wir sind bald ausgegeben, können die Rechnungen schon lange nicht mehr bezahlen, aber wenn man nichts gibt, ist der Teufel los!“ Die Arbeitermasse, die heute ihre Lebensmittel teurer bezahlen muß denn je, und die dazu unter dem ungeheuersten Druck einer heuchlerischen amtlichen Propaganda zwar keine neuen Einkommensteuern, wohl aber „freiwillige, vom Arbeitgeber durch Lohninbehaltung abzuführende Spenden zur nationalen Arbeitsbeschaffung“ übernehmen mußte, die ihre Kameraden zu einem außerordentlich großen Teile entweder an Straßenbau-Zwangsarbeit (genannt „Arbeitsbeschaffung“) oder in Konzentrationslagern sieht, die den ganzen Monat hindurch von Eintopfgerichten lebt und zum Hohne der Menschheit am ersten Sonntag im Monat das fett- und fleischdurchsetzte „Eintopfgericht“ der besser gestellten „Volksgenossen“ anfehen darf, diese Arbeiterkraft sagt: „Das Frühjahr muß es zeigen!“ Der aufmerksame, durch 12-jährigen nationalsozialistischen Kampf geschulte Beobachter aber erkennt ein reges Wachstum unter dieser Zwangsjacke der „Einheitslichkeit von Volk und Führer“. Es ist dort etwas im Werden, in täglich stärkerem Werden, was uns nationale Sozialisten erschauern läßt ob der Zukunft unseres Volkes. Mit wenigen Worten kann man diese Vorgänge nicht bezeichnen. Man muß ihr Bild malen.

Seit der Machtübernahme ist die ehemals vorwiegend aus Mittelständlern, aus vom Mittelstand abhängigen und aus sogenannten „besseren Arbeitern“ zusammengesetzte SA-Truppe immer mehr zu einer ausgesprochenen Arbeitertruppe angewachsen, die Gewehr bei Fuß steht und der innenpolitischen, namentlich der sozialistisch-wirtschaftlichen Entwicklung abwartend zusieht. Grundlage ist die Auffassung, daß zwischen Hitler und dem deutschen Volke ein besonderer Vertrag zustande gekommen sei, demzufolge Hitler Anspruch auf die gesamte Macht und die Verpflichtung habe, das sozialistische dritte Reich zu schaffen. Diesen „Vertrag“ will die Truppe nicht sabotieren. Der Führer fand einen aus deutscher Sentimentalität und aus alter Militärtradition aufnahmefähigen Boden für seine Lehre, die Nationalisierung der Arbeiterschaft sei die unerlässliche Vorbedingung zur sozialen Befreiung der Arbeiterschaft (im Gegensatz zu der Meinung Gregor Strassers und seiner Leute, welche die soziale Befreiung als notwendigen Weg zur nationalen Einigung des Volkes erkannt hatten). Indem also die SA-Arbeiterschaft den militärischen Dienst und Drill mitmacht, vermeint sie, das Nötige zu tun, wofür der Führer ihr die soziale Befreiung versprochen hat. Dabei ist diese heutige SA-Truppe auch bildungsmäßig nicht mehr zu vergleichen mit derjenigen der vorausgegangenen Zeit. Damals waren durchweg nur die mittleren und einige der oberen Führer wirtschaftspolitisch geschult und von sozialistischem Wollen befeuert, während die Truppe ihrer damaligen Herkunft nach viel lieber vaterländische Redeverbrause hörte und blind gehorchte, wenns gegen die verhasste „Kommu“ gehen sollte, als daß sie sich mit sozialen oder gar sozialwirtschaftlichen Fragen befaßt hätte. Die heutige SA-Truppe ist in ihrer überwiegenden

Mehrheit früher gewerkschaftlich geschult worden und daher zu Kritik und Urteil fähig.

Es ist nun völlig abwegig, anzunehmen, erst dann könne von einem Umschwunge in der Stimmung gesprochen werden, wenn die Truppe ortswaise Abgänge oder Reuterer zu verzeichnen hätte und in ihr eine klare Opposition laut werden würde. Richtig ist vielmehr, daß schon dann der Gefahrenpunkt erreicht sein wird, wenn die Truppe sich in ihren Erwartungen getäuscht sieht und teilnahmslos wird. Diese Teilnahmslosigkeit (Neutralität) der SA-Truppe wird den die Zahl der Truppe um ein Vielfaches überbietenden Massen der nicht in der Truppe organisierten Arbeiter ein Luftschnappen, eine Besinnung auf ihre Lage ermöglichen, und das ist dann der Anfang der hemmungslosen Bolschewisierung der Massen. Dieser Moment ist heute in Reichsdeutschland schon erreicht. Am klarsten erwies sich dies mir an dem bei weitem unterschiedlichen Verhalten der Behörden, der hitlerhörigen SS und der SA gegenüber den Schuhhäftlingen. Man kann sagen, ab September 1933 begann die SA-Truppe sich darauf zu bestimmen, daß diese Schuhhäftlinge doch eigentlich gar nicht die „verantwortlichen“ Staatsverbrecher des „verflochtenen Marxistenregimentes“ sind, sondern bloß arme Arbeiter, also ihresgleichen, die im Grunde um das gleiche Ziel wie sie selber gekämpft haben. Diese Besinnung dringt immer deutlicher durch, je mehr die Nachjanuar-Truppe die alte Truppe verdrängt. Görbels hat diesen Vorgang, der eine, ja die Gefahr für seine „Macht“ bedeutet, sehr bald erkannt und darauf das Lied von der alten Garde gedichtet, das er aber gar nicht mehr so recht in die Tat umsetzen kann, denn die geschulten, selbst denkenden, von sozialistischem Wollen besessenen Köpfe der alten Garde, die ehemals aktivsten, sind längst nicht mehr bei der Hitlerpartei.

Als besonders schwerwiegendes Moment kommt die Wirkung der früheren kommunistischen Propaganda in Betracht. Immer und immer wieder hat die KPD, den Massen eingehämmert, daß der Faschismus die Herrschaft der Gewalt und der Heuchelei bedeuten werde. Nun sehen heute die SA-Leute tagtäglich mit ihren eigenen Augen das Martyrium, aber auch das Selbentum, welches die Arbeiterschaft in den Konzentrationslagern und seit einigen Monaten vermehrt in den Gefängnissen (die Hitlergerichte urteilen heute viel, rasch und brutal) leben. Man könnte Bände darüber schreiben. Dazu kommt noch die Wirkung und Verbreitung der seelischen und leiblichen Qualen der Angehörigen dieser ohne Urteil „auf unbestimmte Zeit“ Inhaftierten. Alledem steht bisher nicht nur nichts Positives, sondern nur Negatives aus hitlerischer Wirtschaftspolitik gegenüber, so daß die breite Arbeiterschaft schon jetzt ratlos vor dem „Warum?“ steht.

Diese Zustände sind der Nährboden des Bolschewismus. Man beachte weiter, daß das Bollwerk, welches der hergebrachte Bauernstand und der Mittelstand dagegen bildeten, ebenfalls begonnen hat, neutral zu werden. Ihnen ist eine Frist von vier Vertragsjahren für die Hilfe ebenso unerträglich wie der Versuch einer Hilfe durch zwangsweise Preiserhöhung.

Zu alledem kommt ein letztes, sehr wichtiges Moment. Ungezählte deutsche Arbeiter lehnten die KPD, ab wegen der Kampfmethoden, der brutalen Absichten und des Terrors, der ihr mit mehr oder minder Recht beigegeben wurde. Vieles von diesen Bedenken ist durch die großen Prozeßvorgänge des ersten Faschistenjahres ausgeräumt worden. Tatsächlich wichtiger aber ist, daß Hitler den Skrupel, welchen die breite deutsche Arbeiterschaft und Jugend vor jeder Brutalität hatte, ganz gründlich ausgeräumt hat und im Begriffe ist, die gesamte, die männliche und die weibliche Jugend völlig skrupellos zu machen, zu „heroischen Menschen zu erziehen“, wie er heuchlerisch sagt. Die Voraussetzungen für eine Terror-Revolution, welche in der deutschen Arbeiterschaft und in der deutschen Jugend nicht vorhanden gewesen sind, entstehen unter Hitlers Regiment reiflos. Gregor Strasser hat gerade auf diese Gefahren der Richtung Röhm-Görbels-Göring immer und immer wieder mit allem Nachdruck hingewiesen und in den entscheidenden Auseinandersetzungen mit Hitler es ausdrücklich abgelehnt, das Mittel der „brachialen Gewalt“ gegen insbesondere die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zuzulassen. Er hat auch insbesondere klar die Folgen einer solchen Methode vorausgesagt, die jetzt auch tatsächlich eingetreten sind.

Es bleibt dennoch nur die Erkenntnis, daß in Deutschland der Bolschewismus in einem unerhörten Wachstum begriffen ist, weniger allerdings äußerlich erkennbar, sondern, was aber gefährlicher ist, in den Bestimmungen der breiten Masse ehemals anderer politischer Richtungen. Es wäre abwegig, zu leugnen, daß Hitler seine SA und besonders die SS auch aus dem Grund möglichst vermehren und möglichst schnell und gut drillen läßt, um sie für die bevorstehende Endauseinandersetzung mit dem „Marxismus“ bereit zu haben. Ganz klar leuchtet diese Sachlage ein durch ein zwei- bis dreitägiges Studium der reichsdeutschen Zeitungsberichte über Verhängung von Schutz- und Strafbest wegen kommunistischer Propaganda und wegen „Sabotageäußerungen“, wiewohl nicht vergessen werden darf, daß nur ein Bruchteil solcher Vorkommnisse durch die Presse zur Kenntnis der Bevölkerung gelangt. Man wird begreifen, daß ich heimesfalls in Deutschland befindliche mittlere und obere SA-Führer kompromittieren möchte und deswegen von der Führung bestimmter Vorgänge leider Abstand nehmen muß. Nur auf einen Umstand, der auch durch die Nazipresse allgemein bekannt geworden ist, möchte ich hinweisen: Seit zwei, drei Monaten ist eine Umgruppierung namentlich der Kommandostellen der SA im Gange, die sich dadurch von allen früheren unterscheidet, daß diesmal allenthalben politische Parteifunktionäre, die bisher mit der SA

gar nichts zu tun hatten, in hohe, teils neugeschaffene Kommandostellen eingeschoben worden sind und noch eingeschoben werden. Der Zweck ist ganz offenbar, mittels dieser durchaus hitlerhörigen politischen Parteifunktionäre (Gauleitern, Kreisleitern, Reichstagsabgeordneten) die SA-Truppe zuverlässiger in die Hand zu bekommen und sie vor allem dem wirtschaftlichen Wollen der Hitler-Hochkapitaldienerei gleichzuschalten. Auf der anderen Seite nehmen naturgemäß die Maßnahmen gegen Angehörige der Truppe zu, Bestrafungen sowohl als Schuhhaft, und das unlängst verkündete Gesetz zur Gleichschaltung von Partei und Staat, das die Truppe einer besonderen Disziplinargewalt unterstellt, ist durchaus nicht von ungefähr erst jetzt herausgekommen.

Kein Geringerer als „der große Führer“ selber hat immer und immer wieder in seinen Reden und in seinem Buche „Mein Kampf“ betont, daß eine durch Zeitumstände groß gewordene Idee niemals mit Gewalt ausgerottet, sondern nur durch geistige Ueberwindung und mit einer besseren Idee ausgeschaltet werden könne. Wie auf fast allen anderen Gebieten, so tut „der große Führer“ auch hier selber genau das, wovor er sein Volk so sehr gewarnt hat: er selbst führt den Kampf gegen den Marxismus, besser und wahrheitsgemäßer gesagt, den Kampf gegen den Sozialismus mit brutaler Gewalt und verbietet streng jeden Kampf mit geistigen Waffen außerhalb seines Phrasendrusches gegen den Bolschewismus. Nach den von Hitler selbst ausgesprochenen und niedergeschriebenen Grundsätzen muß daher der Bolschewismus Hitler gegenüber Sieger bleiben. Wie und nirgendwo sind die Bolschewisten so lang und so eng und in solchen Massen zusammengeschnürt worden wie in den deutschen Schutzhaftzellen und Konzentrationslagern; nie und nirgendwo hatten sie diese Gelegenheit zur Schulung ihrer Leute. Darin erblicke ich die Erklärung für die unabweigbare Tatsache, daß auch der einfache kommunistische Schuhhäftling zwar verspricht, draußen den Mund zu halten und sich nicht propagandistisch zu betätigen, aber im gleichen Atemzuge zusetzt, daß die bolschewistische Idee doch siegen werde!

Von Deutschland selbst aus kann der Bolschewismus im Reich nicht mehr bekämpft — kann nicht mehr die zahlenmäßige Zunahme und ideelle Stärkung seiner Anhänger verhindert werden. Vom Osten her wird diesem Bolschewismus lediglich Unterstützung zuteil. Der Austrofaschismus scheidet auch aus. Die übrigen Grenzländer greifen jedenfalls nicht antibolschewistisch in Deutschland ein. Es bleibt also nur noch das Saargebiet als einzige Möglichkeit, daß die dort auflodernden nationalen Sozialisten den Grundstock legen, die dem Reich die Freiheit, die Menschlichkeit und den Sozialismus bringen, also alles das, was Hitler im September bis November 1932 so vollkommen und so rücksichtslos weggeworfen hat, um vor dem Großkapital (Hugenberg, Großgrundbesitzern, Stinnes, Thyssen, Dr. Schacht) die Reichskanzler-Tauglichkeitsprüfung zu bestehen. Wir, die wir die soziale und nationale Freiheit unseres deutschen Vaterlandes und gar nichts anderes wollen, wir erblicken in dem Stücken deutscher Heimat Erde an der Saar jetzt, da wir dort noch deutsch sein dürfen, auch ein „Geschenk des Allmächtigen“, um einmal mit Hitlers Worten zu reden. Der Einwand, daß wir aus undeutschem Egoismus so denken würden, zieht nicht, denn wer will uns denn bestreiten, daß wir in fremder Herren Länder uns weit vorzuehleren, weiß freier bewegen können würden, als in diesem auch schon genug terrorisierten Stückchen Heimatland? Aber von diesem deutschen Lande aus wollen wir für die deutsche Freiheit weiter kämpfen und daher legen wir uns dafür ein, daß dieses letzte Stück freier deutscher Erde so lange frei bleibe, bis es sich mit einem wahrhaft freien, sozial geordneten Deutschland vereinigen können.

„Recht!“

Die Parteijustiz

Der im übrigen richtige Artikel „215 000 Gefangene“ veranlaßt mich zu folgender, auf eigenen Anschauungen beruhenden Bemerkung:

Richtig ist, daß nur sehr wenige Schuhhäftlinge zu Weibnachten entlassen und mindestens doppelt so viele neu verhaftet wurden. Ich habe erlebt, daß auf acht Entlassungen an einem Tage einundfünfzig Neueingekerkerte kamen.

Zu beachten ist aber eine Änderung, die seit Oktober-November in der Taktik eingetreten ist und die früher noch nicht durchführbar war. Diese Änderung war erst möglich, als nach und nach die Staatsanwaltschaften (siehe Plädoyer im Matkowsky-Prozeß) und die unteren Strafgerichte (siehe tägliche Notizen über deren laufende „Rechtspflege“), namentlich die Einzelrichter vollkommen in die Hände des Hitler-Regimentes gebracht worden waren. Seit diesem Zeitpunkt herrscht in allen Rechtsinstanzen das Bestreben, die Leute in gerichtliche Unteruchungshaft zu bringen und erst dort, wo wirklich keine Mühe zur Auffindung eines anwendbaren Strafparagrafen läßt, schreibt man dann „aus erzieherischen Gründen“ zur Schutzhaft. Die Richter sind natürlich trotz der schnellen Urteile mit Verfahren überladen, und so liegen die Häftlinge jedenfalls erst einmal eine Anzahl Monate in Unteruchungshaft, bevor das Urteil kommt. In ungezählten Fällen, in denen kein schlüssiger Beweis vorliegt, sitzen die Leute auf Geleitmöbel schon seit vielen Monaten, derweil die Kriminalpolizei „mit den Ermittlungen befaßt ist“, wie der amtliche Ausdruck lautet. Schließlich ist zu betonen, daß eine ungezählte Anzahl von Leuten erst in Schutzhaft überführt werden, sobald sie ihre urteilsmäßigen Strafen abgedient haben. Das geschieht täglich und die Anwesenheit erfolgt wenig oder gar nichts davon, weil sie nicht anders weiß, als daß die betreffenden eine bestimmte Strafe absitzen. Höchstens die armen Angehörigen erfahren davon, wenn sie den Jüngen am letzten Straftage abholen wollen und ihn nicht mitbekommen.

Naziführer-Emigrant

Aus Opatowitz wird gemeldet: In der Nacht an dem SA-Scharführer Wokub hat der in Haft befindliche Rechtsanwalt im Laufe des Mittwochs vormittag ein Geständnis abgelegt. Er habe sich mit einem Knüttel verteidigt und in Notwehr gehandelt.

Zu Lubbes Hinrichtung

„... daß es sich bei der Auswahl der Todesart um keine Strafmilderung gehandelt habe!“

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Ueber den Märtyrertod des holländischen Arbeiters van der Lubbe in Hitlerien (Germanien) verbreitete die gleichgeschaltete Presse einen kurzen Bericht, der wieder einmal besonders klar die Heuchelpropaganda der Hitleristen beweist. Jedermann hat wohl noch in Erinnerung, daß die Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 und das Gesetz der Hitlerregierung vom 29. März 1933 dem deutschen Volke

1. die Verhinderung „Schußhaft“ und Aufhebung des verfassungsmäßigen Schutzes der Person, der Wohnung und des Eigentums,
2. die Zulässigkeit der Todesstrafe für „politische Verbrecher“,
3. die Zulässigkeit der Vollziehung der Todesstrafe durch Hängen

befehlet hat. Erstmals in der ganzen kultivierten Welt sind die beiden zuletzt genannten Bestimmungen dieser Rotverordnung für rüch w i r k e n d, das heißt ihre Anwendbarkeit auf Taten, die vor dem Erlasse der Verordnung begangen worden waren, ist für zulässig erklärt worden. Von der Lubbe ist unter Berufung auf diese Rotverordnung zum Tode verurteilt worden, obschon:

- a) feststeht, daß der Reichstag nicht durch die paar abgefallenen Säpchen des brennenden Vorhanges, mit dem von der Lubbe heruntel, sondern durch die drei feinen Maßnahmen einer zweiten Brandlegergaruppe abgebrannt ist, denn die Sachverständigen haben glaubhaft dargelegt, daß die Brandlappen von der Lubbe den Brand gar nicht anzünden konnten;
- b) durch das Schweigen von der Lubbe, auch vor dem Schafotte noch, feststeht, daß er die eigentliche Brandstiftergaruppe gar nicht gekannt hat und nur aus historischem Instinkt kam, als jene Brandhemfalten kurz vor dem Ausflammen standen;
- c) im deutschen Strafgesetze die Brandlegung nur mit Jagdhans bedroht war.

Hitlerien hat zuerst die niederländische Regierungsintervention brüskiert. Das paßt natürlich zu Ministern, die auf der Suche nach der Erfindung einer Verhütung des Eindringens fremdländischer Radiowellen in Deutschland sind, und zu deren Chef, der in seinem politischen Glaubensbekenntnisse „Mein Kampf“ den „Segen des Allmächtigen“ auf die Waffen herabsieht, sogar in Sperrschrift. Mit politischer, geschweige mit menschlicher Moral haben solche Dinge nichts zu tun.

Nun aber kommt der große Reklametrick! Göbbels befehlet, beiden Lagern gerecht zu werden, dem eigenen und dem gegnerischen: „Schreiben Sie!“

„Bei von der Lubbe handelte es sich trotz seiner gemeinen Tat immerhin um Ueberzeugungstäterschaft. Selbstverständlich sei, daß es sich bei der Auswahl der Todesart um keinerlei Strafmilderung gehandelt habe!“

Dieser Schreibebefehl ist völlig auf massenpsychologische Wirkung, auf Irreführung abgestellt. Am Tage nach dem Brande wurde in ganz Deutschland die Rotverordnung ausdrücklich als „Lex van der Lubbe“ mit dem Zusätze proklamiert, von der Lubbe werde bestimmt gehängt werden. Das hitlerhörige Volk erwartete nun natürlich das Hängen. Die gesamte kultivierte Welt stemmt sich schon gegen die Hinrichtung, geschweige gegen das Hängen

von der Lubbe. Also läßt Göbbels seinen hitleristischen Lesern etwas von Ueberzeugungstäterschaft vorlegen, dereitwegen man den Lubbe doch nicht hängen können, und damit beseitigt er den schwersten Angriff der Weltmeinung. Er beruhigt dann aber seine aufgepeitschten Anhänger wieder mit der Versicherung, daß eine Strafmilderung nicht in Frage gekommen sei: als ob es für den Verurteilten nicht beim Hängen genau so und endgültig um sein Leben ginge als beim Schußheil oder beim Schafott! Aber in diesen amtlichen Notizen liegt noch eine weit schwerere, heuchlerische Gemeinheit! Die breite Masse namentlich im Auslande soll in den Glauben versetzt werden, nur das Hängegesetz sei ein solches mit rückwärtiger Kraft und dies habe man ja auf van der Lubbe nun doch nicht angewendet! Dem Schreiber aber gibt die ganze heuchlerische Geschichte Anlaß, nachstehend die niederträchtigen Richtlinien, nach denen Hitler in dieser Beziehung handelt und die bloß eine von ihm aufgegriffene fremde fixe Idee bilden, wörtlich zu zitieren:

„Die Staatskunst hat mit dem Sittengesetze nichts gemein... Wer regieren will, muß mit List und Heuchelei arbeiten... In der Staatskunst muß man fremdes Eigentum ohne Jögern nehmen, wenn hierdurch nur Unterwürfigkeit und Macht erlangt werden. Unsere Regierung, die den Weg friedlicher Eroberung geht, darf die Schrecken des Krieges durch weniger bemerkbare, aber um so wirksamere Einrichtungen erziehen, mit denen die Schreckensherrlichkeit aufrechterhalten werden muß, um blinden und unbedingten Gehorsam zu erzwingen. Nicht alleine des Vorteiles wegen, sondern auch vor allem im Namen der Pflicht, des Sieges halber, müssen wir festhalten an der Anwendung von Gewalt und Heuchelei... Für uns ist die Kenntnis dieses Umstandes von allergrößter Bedeutung. Sie wird uns zutun kommen bei den Verhandlungen über die Verteilung der Staatsgewalt, die Freiheit des Wortes, der Presse und des Glaubens, das Recht des Zusammenschlusses, die Gleichheit vor dem Gesetze, die Unverletzlichkeit des Eigentums und der Wohnung, die indirekte Besteuerung und die rückwirkende Kraft der Gesetze. Ueber alle diese Fragen darf man mit dem Volke niemals offen und rückhaltlos sprechen. Ist es unumgänglich notwendig, sie zu berühren, so dürfen wir uns nicht auf Einzelheiten einlassen, sondern nur in allgemeinen Redensarten die Grundzüge einer neuzeitigen Gesetzgebung anerkennen... Wir werden jeden undarmberzig hinrichten lassen, der sich mit der Waffe in der Hand gegen uns und unsere Herrschaft auflehnt.“ (WdJ, 28-11, 24-VI, 25-1, 29-VI und 31-1.)

Die Tatsache, daß ich imstande bin, diese deutlichen, nach der eigenen Behauptung Hitlers aus dem Jahre 1907 stammenden fremden Regierungsrichtlinien, die Hitlers fixe Idee geworden sind, hier zu veröffentlichen, beweist zugleich die größte Lüge, welche je geschichtliche Wirkung gehabt hat, denn ganz Hitlerien (Hitler-Germanien) glaubt, daß alle Regierungsideoen und Regierungsmassnahmen persönlich-geistiges Gut des „Führers“ und seiner Mitarbeiter seien, während diese „Herrenmenschen“ gar nichts Einfacheres und gar nichts Anderes versuchen, als ein Schreckensregiment nach diesen utopischen, tausendfach überlebten alten „Plänen“ aufzurichten. Man schreibe: „Der große Weltbetrug!“ und treffe so das Richtige!

man bedenken, daß in den Niederlanden seit mehr als eineinhalb Jahrhunderten kein Todesurteil mehr vollstreckt worden ist (ohne daß deswegen schwere Verbrechen hier irgend härter wären als sonst in der Welt, im Gegenteil). Und nun soll dieses Volk, das den Mord von Gelees wegen für seinen Verleib abgekauft hat, es hinnehmen, daß einer aus seiner Mitte wegen einer Tat hingerichtet wird, bei der kein einziger Mensch getötet, ja nur in Gefahr gekommen ist! Und nicht nur, daß wegen einer bloßen Brandstiftung der Scharfrichter in Tätigkeit gesetzt wird, — es kommt noch der jedem Rechtsgesühl Hohn sprechende weitere Umstand hinzu, daß diese Tat zur Zeit ihrer Begehung nicht mit der Todesstrafe bedroht war, sondern daß diese erst nachträglich — einen vollen Monat später — auf die Handlung von der Lubbe angepaßt wurde. Das findet kaum ein einziger Niederländer gerecht und in Ordnung.

So hat denn die ganz unerwartet hier einireffende Nachricht von der Hinrichtung von der Lubbe große Konse-ration hervorgerufen. Ueberall versammelten sich vor den Aushängen der Zeitungen und den in der ganzen Stadt verbreiteten Anschlägen der Arbeiterpresse die Menschen und besprachen erregt und entrüstet das Ereignis. Namentlich erregte allgemeine Enttäuschung und Empörung, daß die Hitler-Regierung über das von der holländischen Regierung für van der Lubbe eingereichte Gnadengesuch nicht zur Tagesordnung übergegangen war. Ueber diese unfreundliche Haltung gegen die Regierung eines Nachbarlandes, die ihrerseits wirklich jede Brückung des „dritten Reiches“ sorgfältig, ja übertrieben sorgfältig vermeiden hat, gab es nur eine Stimme im Publikum: Von der Lubbe mußte zum ewigen Schweigen gebracht werden, er mußte zu viel!

Bezeichnend ist, daß die Amsterdamer Polizei sich veranlaßt sah, sofort nach Bekanntwerden der Hinrichtung das deutsche Konsulat an der Veleringhans unter verstärktem Schutz zu stellen.

Die Niederländer sind ein sehr ruhiges Volk, ihre äußere Haltung läßt sie oft polematisch erscheinen. Aber darunter verbirgt sich ein sehr subtils und eindrucksfähiges Empfinden. Sie werden sich für die Hinrichtung von der Lubbe nicht an Feinheiten rächen. Aber dieser Eindruck von deutscher „Gerechtigkeit“ ist und ist unverlöschlich.

Recht und Gerechtigkeit nach Hitler

Der nationalsozialistische Staat ist ein gerechter Staat. Ob er ein Rechtsstaat ist, hängt davon ab, welchen besonderen Inhalt man diesem vieldeutigen Wort gibt und wie weit man den Rechtsstaat zu einem gerechten Staat in Beziehung bringen will. (Prof. C. Schmitt in der „Juristischen Wochenschrift“.)

Ist Lemuria entdeckt?

Verschollenes Land auf dem Meeresboden

Die englische Sir-John-Murray-Expedition, die gegenwärtig unter Leitung von Professor Stanley Gardiner ozeanographische Vermessungen im Arabischen Meer, dem nordwestlichen Teil des Indischen Ozeans, vornimmt, glaubt, dort das Land Lemuria entdeckt zu haben.

Der Name Lemuria, der an die Lemuren (Halbaffen) erinnert, ist als geographische Bezeichnung noch recht neu. Der englische Geograph P. V. Selater hat ihn 1874 in die Wissenschaft eingeführt. Um die gegenwärtige Verbreitung der Halbaffen zu erklären, nahm er an, daß früher einmal im westlichen Indischen Ozean eine große zusammenhängende Landmasse bestanden habe, die auch Madagaskar und Vorderindien umfaßte. Die Tiergeographie ist von dieser Erklärungswelt heute schon abgekommen; aber daß eine solche Landmasse von der Jurazeit bis in das ältere Tertiär existiert haben muß, ist aus geologischen und anderen Befunden sicher erschlossen worden.

Die Paläogeographie ist eine aufregende Wissenschaft; sie muß arbeiten wie der Detektiv im Kriminalroman, der durch genaue Analysen der „Spuren“ und sonst durch bloßes Schließen den Täter ausfindig macht. Wie hat es früher einmal auf der Erde ausgesehen? Welche Gebiete waren veraltesiert? Wo lagen sich die Gebirge hin, wo lagen die Meere? In welchen Gegenden waren Vulkane am Werk? All diese Fragen sollen aus den spärlichen Ueberbleibseln, aus den Meeressedimenten, aus Versteinerungen von Tieren und Pflanzen usw. beantwortet werden. In den letzten Jahren wurde die von Alfred Wegener aufgestellte Verschiebungstheorie der Kontinente in weiten Kreisen bekannt, derzufolge alle Landmassen der Erde ursprünglich auf einem Gebiet vereinigt waren, dann aber unter der Wirkung der „Polflucht“ und der „Wegdrift“ sich teilten und in Kontinente aufspalteten.

Andere Auffassungen vertritt die Landbrückentheorie, die zwischen einzelnen Erdteilen in der geologischen Vergangenheit auch Verbindungen, Landbrücken, vermutet. So etwa zwischen Italien und Tunis, Spanien und Marokko; zwischen den nördlichen Teilen von Amerika, Europa und Asien; so auch zwischen Arabien und Vorderindien, eben unser „Lemuria“. Lemuria ist aber nur ein Teil einer noch weit größeren Landbrücke, nämlich des Godwanalandes. Dieses große Erdstück soll im Jungpaläozoikum nicht nur Madagaskar und Vorderindien, sondern dazu noch Mittel- und Südafrika und auf der anderen Seite Ostindien umfaßt haben. Einige Forscher bezeichnen mit Godwanaland sogar den riesigen Südkontinent, der in den geologischen Zeiten vom Devon bis zum Jura vom östlichen Südamerika über Afrika nach Indien und Australien reichte. Neben Godwanaland hat es in der Auffassung dieser Forscher nur noch die beiden Kontinente Angaraland (das nördliche Asien) und Nordatlantis gegeben; zwischen den dreien aber erstreckt sich das Urmeer, die Teichos.

Soweit die Theorien der Paläogeographie. Die Sir-John-Murray-Expedition hat nun zwischen Arabien und Indien auf dem Meeresgrunde zwei unbekannte Gebirgszette entdeckt. Sie hat viermal das Gebiet planmäßig durchfahren und dabei Echolotungen vorgenommen, um die Meerestiefe festzustellen. Zunächst erahnt sich, daß die arabischen Gebirge sich unter dem Meerespiegel fortsetzen, etwas höher, als man es erwartet hatte. Das war sozusagen reine Vermessungsarbeit und keine Ueberwindung. In der Nähe von Beirut hat man auf zwei etwas parallel und von Nordosten nach Südwesten verlaufende Gebirgszüge, die gegenüber dem anderen Meeresgrunde sich stellenweise um mehr als 3000 Meter erheben. In der Mulde zwischen ihnen mag früher der Andus geflossen sein, der jetzt schon bei Karachi mündet. In dieser Gegend sind früher noch keine Tiefenmessungen vorgenommen worden; sonst hätte es unbedingt auffallen müssen, daß das Meer stellenweise nur 1000 Meter tief ist. Die englischen Forscher sehen ihre Entdeckung als einen Beleg für die Landbrückentheorie an.

Vielleicht noch viel wichtiger als die geographischen sind die biologischen Befunde der Expedition. Das Expeditionschiff, die „Mabahi“ ist ein Fischdampfer mit Schlepptrog. Die Forscher haben auf ihren Fahrten Wasserproben aus verschiedenen Meerestiefen und vom Meeresboden gehoben und dann auf Salzgehalt, chemische Zusammensetzung und biologische Verhältnisse hin untersucht. Der Golf von Oman galt früher als einer der am reichsten belebten Meeresplätze. Man dachte, daß die Abwässer vom Euphrat und Tigris für Meerestiere bequeme und reichliche Nahrung böten, ähnlich wie bei den Fischbänken um England herum usw. Aber es zeigte sich, daß in der Gegend von Rad el Hadd, der östlichsten Stelle Arabiens, weite Partien des Meeres vollkommen unbefest sind. Das Wasser ist ganz verunreinigt mit Schwefelwasserstoff, einem Gas, dessen widerlicher Geruch und von kalten Eiern her bekannt ist, und das jegliches Leben abtötet. Solcher Stellen, die von Pflanzen und Tieren nicht befruchtet werden, sind schon mehrere bekannt; im Schwarzen Meer, in einigen nordwestlichen Meeren usw. Aber im offenen Meer war bisher ein derartiges Todesgebiet noch nicht gefunden worden.

Die schönen und interessanten Ergebnisse der Sir-John-Murray-Expedition zeigen wieder einmal, daß unsere Erde noch lange nicht vollständig entdeckt ist, und daß der systematische Forscher auch heute noch für seine Mühen reichen Lohn davontragen kann.

Zeitschriften

„Die neue Welt“, 1. Heft, 1. März 1933, I. Teil 1 des neuen Jahrgangs ist schon erschienen und enthält unter anderem folgende Beiträge: Will Schlämm, Die Buchstaben; Heinrich Mann, Ein Emigrant an Frankreich; Karl Betzold, Japan wartet auf Europa; Rudolf Eiden, Der Tag organisiert sich; Ludwig Marcuse, Deutsche Literatur, amtlich; Friedrich von Logau, Sinnprüfung; Heinrich Dichter, Der Tunnel.

„Zeitschrift für Sozialismus“, Monatschrift der deutschen Sozialdemokratie, Soeben erscheint Heft 3 der wignostisch-theoretischen Zeitschrift mit Beiträgen von Alexander Zehlin; Revolutionäre Sozialdemokratie; Georg Teller; Antifaschismus; Max Rilling; Positive Kritik; Ernst Anders; Neu beginnen — in welchem Ziele?; Franz Weener; „Korporation“; Kreis und Vorkreis; sowie Gloggen und Buchbesprechungen, Verlagshaus Grappla, Berlin.

„Der Austral.“ In beziehen bei jeder einschlägigen Buchhandlung oder direkt beim „Austral“, Prag 2, Rakovicka 12.

„Der Simplicius.“ Im Verlag Neumann u. Comp. Prag-Karlín, wird Mitte Januar in einer deutschen und einer tschechischen Ausgabe die neue satirische Wochenchrift „Der Simplicius“ erscheinen. Der „Simplicius“ wird seinem kühnsten Gehalt nach die große Tradition des Münchener „Simplicissimus“ fortsetzen, so wie sie vor der politischen Gleichschaltung stand.

„Der Simplicius“ wird weiterhin und literarisch Beiträge der bekanntesten deutschen, tschechischen, österreichischen und französischen Dichter und Schriftsteller veröffentlichen. Mitarbeiter sind unter anderem: Franz Biber, Emil, Josef Gabel, Josef Gabel, Otto Gih, Fritz, Arnold Gih, Adolf Hofmeister, Arthur Hoffmeyer, Erich Kolditz, Alfred Kerr, Klaus Mann, Heinrich Mann, Walter Mehring, Wunna, Antonin Vele, Walter Rode, Arthur Stadler, Erich Weiner.

Van der Lubbe von Göring beseitigt

Er hat die Hinrichtung erzwungen

Paris, 12. Jan. (Anprek). Das Sekretariat des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Reichstagsbrandes nimmt in einem ausführlichen Kommuniqué zu der vollstreckten Hinrichtung von der Lubbes Stellung. Der Untersuchungsausschuss erklärt, daß diese überhäufte Hinrichtung nur durch einen unmittelbaren Druck von Seiten Görings zu erklären ist. Mit der Hinrichtung von der Lubbe hofft Göring, einen der wichtigsten Zeugen zur endlichen Aufklärung und Feststellung der wahren Brandstifter für ewig stumm gemacht zu haben. Göring befürchtete, daß die immer härter einsetzende internationale Protestbewegung, die besonders stark in Holland war und für die Erhaltung des Lebens von der Lubbe forderte, seine Konfuzenten im Hitlerministerium hätte bewegen können, aus außenpolitischen Gründen Lubbe am Leben zu lassen. Um das zu verhindern, hat Göring alle Mienen springen lassen und den äußersten Druck eingesetzt, um die für die breite Öffentlichkeit plötzliche Hinrichtung von der Lubbe zu erzwingen. Der Untersuchungsausschuss hat sofort nach dem Urteil die Aufhebung der Todesstrafe für van der Lubbe gefordert und festgesetzt, daß nur die Mittäter ein Interesse an seinem Tode haben können. Der Untersuchungsausschuss erklärt, daß er trotz dieses Verschwindens eines der wichtigsten Zeugen unerschütterlich seinen Plan durchzuführen wird und nicht ruhen und rasen wird, bis die wahren Brandstifter und damit die Mitverurteilten von Lubbe festgesetzt sind.

Der Eindruck in Holland

Aus Amsterdam schreibt uns ein Mitarbeiter: Die Anteilnahme an dem Schicksal von der Lubbe war in Holland, keinem Heimatland, naturgemäß härter als anderswo. Nicht etwa, daß tragendwelse erzunehmenden politischen Kreise die Tat von der Lubbe gebilligt hätten. Noch einige Tage vor der Hinrichtung lieh sich das schiefste, als die Gruppe der Räte-Kommunisten, der van der Lubbe angehört hatte, Anteil anfechten, in denen van der Lubbe der Arbeiterklasse als leuchtendes Beispiel zur Nachahmung hingestellt wurde. Die Felle wurden kaum beachtet, und wer sie las, schüttelte den Kopf.

Auf einem völlig anderen Blatt steht jedoch die menschliche Anteilnahme mit dem verführten und mißleiteten jugendlichen Wirtspol! Sie geht bis weit ins Bürgerium hinein. Die geistige „Abhängigkeit“ (lies: Verrohung), auf die der Hitler-Deutsche so stolz ist, hat in den Niederlanden noch nicht allzuviel (wenn auch einige) Freunde gefunden. Man

Hakenkreuztrompete und Frauenarbeit

Die deutsche Arbeiterin im Betrieb

Im Vordergrund steht man laut, daß der nationalsozialistische Staat keine wichtigere Aufgabe kenne als die, die Frau ihrer „natürlichen“ Bestimmung wieder zuzuführen. Die Hakenkreuztrompete schmettert die Melodie von der Mutter, die zu gut für Politik und Erwerbsleben sei. Im Hintergrund aber, von der Öffentlichkeit unberührt, wird die arbeitende Frau im „dritten Reich“ der schlimmsten Ausbeutung ausgeliefert.

Wie schön klingen Phrasen über hehre Ideale, während man die Arbeiterinnen aus Angst vor dem Abbau zu jeder Leistung zwingen kann. Sechzehn- bis Achtzehnjährige, fast Kinder noch, arbeiten in den giftigen Gas- und Kohlen- und Gasminen auf ihre Wirksamkeit hin Sie müssen die Gasmasken auf ihre Wirksamkeit hin prüfen. Die Auer-Gesellschaft in Berlin, die sich die ungeheure Luftschuttpropaganda, die ihr natürlich fette Aufträge bringt, nicht wenig kosten läßt, zahlt diesen jungen Mädchen für ihre gefährliche Arbeit kaum so viel, daß sie sich sattessen könnten. In langen Reihen sitzen sie vor Apparaten, die mit Gas gefüllt sind und über die sie die Gasmasken stülpen. Dann lassen sie mit Hilfe eines Hebels Gas in die Maske strömen. Ein kleines rotes Licht zeigt automatisch an, wenn Gas durch die Maske dringen konnte. Aber werden durch undichte Masken die jungen Mädchen nicht in ihrer eigenen Gesundheit gefährdet? Atmen sie nicht die giftigen Gase ein? Die Werkleitung erklärt natürlich, daß alles in schönster Ordnung sei. In Wirklichkeit sind Ohnmachtsanfälle bei den Arbeiterinnen an der Tagesordnung. Selbst dort, wo keine sofortige Reaktion eintritt, ist es doch klar, daß durch solche Arbeit der weibliche Organismus vergiftet werden muß. Schreiet etwa die Naziregierung gegen diesen Unfug ein? Im Gegenteil. Sie subventioniert diesen Betrieb durch riesige Aufträge.

Auch bei der A.G. beobachtet man die Wirkung des „Frauenschuhs“. Wie sieht die aus? Man beschleunigt das Arbeitstempo. Für weniger Geld muß mehr gearbeitet werden.

Vor den Stanzmaschinen sitzen die Frauen ohne Schuhe und arbeiten mit einer Schnelligkeit, daß man ihre Bewegungen kaum verfolgen kann. Blechstreifen laufen un-
aufhörlich durch die Presse. Die Arbeiterin setzt sie durch einen Hebel in Bewegung, ohne Pause arbeitet ihr Fuß, unablässig stanz die Maschine kleine Blechformen aus, die sie mit einer Pinzette aus den Streifen nehmen muß. Warum arbeitet sie ohne Schuhe? Weil es so bequemer ist, sagt die Leitung. Weil man so mehr arbeiten kann, antwortet die Arbeiterin. Ihr Fuß, und dadurch ihr ganzer Körper, ist unablässig der ständigen Erschütterung durch die Maschine ausgesetzt. Welche Wirkungen diese Arbeit auf den weiblichen Organismus ausüben muß, ist leicht vorstellbar. Wie lange kann eine Frau diese Arbeit, dieses Tempo aushalten? Nicht lange, ihr Körper muß schnell dabei zugrunde gehen. Verliert er seine Leistungsfähigkeit, kann man dann die Arbeiterin mit einer schönen Redensart über ihre eigentliche Bestimmung vor die Tür setzen...

Eine ungeheure Anspannung der Nervenkraft und der Augen verlangt die feinmechanische Weberarbeit, bei der auch immer größere Anforderungen an

die Arbeiterinnen gestellt werden. Bei der Rahmenwicklung für Nähinstrumente läuft ein 0,08, also weniger als ein Zehntel Millimeter dünner Draht durch die Maschine, der gleichzeitig gewickelt und gekehrt werden muß, während die Finger unaufhörlich die Glätte und Dichte der Windungen prüfen.

Noch schwieriger ist die Arbeit der Frauen, die mit den denkbar feinsten Feilen die Nadelspitzen zuspitzen, deren Radius einen Millimeter beträgt. Ihre Ausführung und Nachprüfung ist nur durch Mikroskopie möglich. Die Erschöpfung nach Ablauf der Arbeitszeit ist vollständig. Schnell verbraucht sich bei solcher Anstrengung ihre Sehkraft. Wie „schützt“ man diese Arbeiterinnen im Naziparadies? Wie? Oh, indem ihr Verdienst bei längerer Arbeitszeit geringer wird!

Es wird auch viel davon gesprochen, daß die Maschinenarbeit abgebaut werden soll. In Wirklichkeit macht die Rationalisierung, die Raubbau mit der Arbeitskraft treibt, die die Ausbeutung verschärft, immer weitere Fortschritte.

So wurde gerade in den letzten Monaten auch für Frauen in den Druckereibetrieben das laufende Band eingeführt. In einem armenlosen Rittel, ohne Strümpfe und doch schwitzend, getrieben von dem Tempo der Maschinen, schufteten die Schlamminnen des braun angestrichenen Profits. Vor einer Feltmaschine stehen Frauen, die in einer Stunde durchschnittlich 1500 Zeitschriftenumschläge auf ein Brett legen, auf das automatisch eine Leimbürste heruntertrüpfelt; sobald die Leimbürste wieder hochschnellt, nimmt die Arbeiterin die nun mit Klebstoff versehenen Umschläge vom Brett und gibt sie der Arbeiterin weiter, die die Umschläge um die Feste legt. Das Tempo bleibt immer gleich, acht Stunden lang, ohne Unterlaß.

Aber auch die Arbeitszeit der Frauen wird gerade in den städtischen und staatlichen Betrieben vielfach bis zur Unerschöpflichkeit verlängert. In den städtischen Krankenhäusern arbeitet das Küchenpersonal oft vierzehn Stunden. Für das wegen politischer Unzuverlässigkeit oder wegen des Artierparagrafen entlassene Pflegepersonal ist meist kein Ersatz eingestellt worden, die Uebriggebliebenen sollen die ganze Arbeit verrichten.

In Gasthäusern arbeiten nicht selten Frauen sogar volle sechzehn Stunden. In der Konfektion werden unzählige Ueberstunden und Sonntagsarbeit immer üblicher. Gewerbeaufsicht besteht nur noch auf dem Papier. Im Bau- und Transportgewerbe sieht der Beobachter gerade bei der schweren Arbeit, wie Abladen und Zurschieben von Ziegelsteinen, zahlreicher als früher Frauen beschäftigt, denn sie sind billiger, auch kann bei ihnen leichter die Sozialversicherung umgangen werden.

Ist es darum ein Wunder, daß auch jene Frauen, die sich früher für den Nationalsozialismus begeisterten, zu merken beginnen, wie mit ihnen gespielt wird? Die oppositionellen Frauenstimmen in der NSDAP (der nationalsozialistischen Betriebsorganisation) fangen an, so zahlreich zu werden, daß sich die Parteileitung schon mit dem Gedanken trägt, alle Frauen aus der NSDAP auszuschließen.

Arbeiten und Mundhalten, das ist die Doppelpflicht der Frau im „dritten Reich“. Grete Sieverth.

„Siegende“ Arbeitsschlacht Hungerzüge in die Stadt

Die „Vormarschzeitung“ vom 22. Dezember berichtet: **Kennstadt a. d. Odt.:** Der hiesige Stadtrat beschloß in seiner Sitzung, der sich immer mehr ausprägenden Abwanderung von Arbeitslosen aus häuerlichen Bezirken in die Stadt zu begegnen. Mächtig werden deshalb in Kennstadt alle Anwohnenden, wenn sie nicht einen dauernden Arbeitsplatz oder ein hinreichendes Vermögen nachweisen können, unbeschädigt abgewiesen werden, also keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Der Grund für diese Maßnahme liegt darin, daß verschiedene Gemeinden offen oder verdeckt den Abzug von mehr oder weniger Hilfsbedürftigen in solche Städte veranlassen, die ihren Versorgungspflichten nachkommen, deren Härtefugeln durch einen solchen Abzug aber unerschöpflich werden. Das Verhalten der Gemeinden steht auch im Widerspruch zum Ziel der Reichsregierung, die Landflucht aufzuhalten.

Waffen bringen Gewinn

Die Waffenwerke H. W. Oberndorf a. Neckar veröffentlichten ihren Geschäftsbericht für das letzte Geschäftsjahr. Die Waffenwerke verfertigen in der Hauptsache Handfeuerwaffen. Die Konjunktur in Rüstungsmaterial tritt hier besonders stark in Erscheinung. Während das Unternehmen noch im Vorjahr mit einem Verlust von 100.000 RM. abschloß, beträgt der Gewinn in diesem Jahre 1.450.000 RM. Der Vorjahrsverlust wurde getilgt, 281.000 RM. zu Abschreibungen verwandt und aus 270.000 RM. eine Dividende von 3 Prozent auf das Aktienkapital von 8 Mill. RM. verteilt. Berühmt wird im Bericht darauf hingewiesen, daß der Ueberstich aus verstärktem Export entstanden sei. Eine Bemerkung zur Durchführung der Öffentlichkeit. Die Waffenwerke waren der Hauptlieferant für die Bewaffnung von hitlerischen Privatarmee mit Revolvern, Pistolen und Karabinern.

„Wirtschaftssaboteur ist ...“

... Wer den Schwindel von der Textilkonjunktur ernst nimmt

Von zuständigen Stellen der sächsischen Regierung geht der Presse folgende Mitteilung zu:

Von Wirtschaftssaboteuren wird in verschiedenen Teilen des Reiches das Gerücht verbreitet, daß Aufträge — besonders für die Textilindustrie — in Sachsen nicht mehr untergebracht werden könnten, weil die sächsischen Betriebe mit Aufträgen voll versehen seien. Demgegenüber ist festzustellen, daß die meisten sächsischen Betriebe bei weitem nicht voll beschäftigt sind, so daß jede Gewähr für pünktliche Ausführung aller hereinkommenden Aufträge besteht.

Zweifellos hat Sachsen an den gemeinsamen Erfolgen der Arbeitsschlacht des Jahres 1933 einen sehr erheblichen Anteil. So konnte die erschreckend hohe Zahl der Erwerbslosen in Sachsen von einem Höchststand von 718.000 im Jahre 1933 auf 450.000 im Dezember 1933 heruntergedrückt werden. Trotzdem übersteigt aber die sächsische Arbeitslosenziffer den Reichsdurchschnitt noch immer um mehr als 30 Prozent.

Man sollte mühen die Schwindler als „Wirtschaftssaboteure“ hochnehmen und einsperren, die frech und hinfällig die Arbeitslosen-Datistik fälschen.

Filla hospitalis gleichgeschaltet

Zimmervermieten an Studenten „einheitlich“ geregelt

Die Unterkunft der Studenten der Technischen Hochschule in Braunschweig außerhalb der Kameradschaftshäuser wird in Zukunft einheitlich geregelt. Vom Beginn des Sommersemesters 1934 an dürfen sämtliche Studenten ihre Wohnung nur noch bei einem der vom Akademischen Wohnsamt zugelassenen Vermieter mieten. Alle Vermieter, die zur Zeit zwar an Studenten Zimmer abgeben haben, aber keinen Antrag auf Zulassung zur Vermietung stellen, können vom Anfang des Sommersemesters an nicht mehr an Studenten vermieten. Die Zentralisierung geschieht im wesentlichen, um nach der Einrichtung der Kameradschaftshäuser den noch verbleibenden Rest der Studenten bedürftigen Familien zuweisen zu können.

Der Judenboykott

Geschäftsruin

In der Neuenburger „Bayerischen Volkswacht“ wurde die Frage gestellt: „Wer macht in Neuenburg das beste Weihnachtsgeschäft?“ und die Antwort durch eine Terrorandrohung erleichtert: „... Kannst Du die Judenackhalte nicht meiden, dann bist Du kein Deutscher und noch viel weniger ein Nationalsozialist ...“

Das „Schwager Tageblatt“ veröffentlicht in der Rubrik „Braunes Brett“ die Bekanntmachung des dortigen Kreisleiters der NSDAP: „Wer als Mitglied unserer Bewegung in jüdischen Geschäften kauft oder mit Juden handelt, wird wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Bewegung ausgeschlossen. Nationalsozialisten kaufen nur in deutschen Geschäften.“

Windau, 16. Jan. (Anprek). Der Hauptauschuss des Lindauer Stadtrats hat beschlossen, Judenfirmen zu den Lindauer Jahrmärkten in Zukunft nicht mehr zuzulassen.

Die „Unsichtbaren“

„Löhne wie nicht seit 50 Jahren“

(Anprek): „Manchester Guardian“ schreibt, daß die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland weit höher angenommen werden müsse, als die offiziellen Stellen angeben. Die unsichtbaren Arbeitslosen würden auf 1.500.000 geschätzt; sie waren wenig mehr als den Beginn des letzten Jahres, als die Sachverständigen die Gesamtzahl der eingetragenen und unsichtbaren Arbeitslosen auf acht Millionen schätzten. Das Nachlassen der Arbeitslosigkeit beruhe nicht zuletzt auf der Tatsache, daß viele Neuntausende in Konzentrationslagern untergebracht seien, 60.000 jüdische und politische Flüchtlinge im Ausland seien und auf der Tatsache, daß verheirateten Frauen eine Beschäftigung unterlag sei. Die Zahl dieser Personen komme in keiner Ziffer zum Ausdruck; sie wird vom Institut für Konjunkturforschung auf 250.000 geschätzt. Ein wichtiges Kriterium bei der Beurteilung dieser Äußerungen ist nicht die Arbeitslosen, sondern gerade die arbeitenden Personen, die zur Krankenversicherung angemeldet seien. Ende Oktober zum Beispiel gab man die Ziffer von 1.941.000 als neu eingestellt an; zur Krankenversicherung waren jedoch nur 1.148.000 angemeldet.

Die Arbeitslöhne, stellt das Blatt fest, sind augenblicklich so niedrig, wie nicht seit 50 Jahren.

Arische Konfektion stellt sich vor

Die Ausstellung der „Adefa“ in Berlin

Die Konfektionsindustrie, als eine der bedeutendsten deutschen Wirtschaftszweige kapitalisiert und aufgebaut von Juden, hat sich sofort nach Ausbruch der „nationalen Revolution“ umstellen müssen. Es begann mit dem Boykott, dann versuchte man eine Tarnung mit arischen Teilhabern — bis man zuletzt dazu kam, die Konfektion selber offiziell zu konfektionieren und die arischen Konfektionsfirmen zu einem eigenen Verband zusammenzuschließen. Das ist die „Adefa“, die Arbeitsgemeinschaft deutsch-arischer Fabrikanten der Bekleidungsindustrie e. V.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet jetzt über eine Ausstellung des Verbandes in Berlin. Eine eigene Meinung zu diesem Unternehmen hat sie bestimmt, aber sie muß sie verschweigen. Es bleibt ihr nur eine Pflicht übrig: nämlich die in die Ueberschrift. Unter dem Titel: „Arische Konfektion“ erzählt sie von der Berliner Ausstellung:

„Die Arbeitsgemeinschaft hat sich zum Ziele gesetzt, dem deutschen Unternehmertum in der Bekleidungsindustrie ein bisher schwer zugängliches Terrain auszu-schließen. Das ihr geschuldet geschuldet Kennzeichen bietet der Kundenschaft Gewähr dafür, daß das betreffende Produkt durch deutsche Arbeitskräfte und Reichsdeutsche Unternehmer hergestellt ist. An der Eröffnungsfest der Ausstellung war eine große Anzahl von Vertretern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden erschienen. Nach der Begrüßung durch den Führer des Verbandes hielten der Gau- und Landeswarter, S. Piewof und der Syndikus der Handelskammer Berlin, Lorenz, Anreden.“

Landeswarter S. Piewof sagte, diese Ausstellung ist ein Hindernis und aber 100prozentiger Beweis dafür, daß auch deutsche Arbeit und nicht nur die nichtarische, wie man früher meinte, das Konfektionsgewerbe aufbauen kann. Es ist nötig, daß mit der Umstellung der Konfektion auf arische Volksteile die unbedingte Ehrlichkeit des Verkäufenden gegenüber dem Käufer wiederkehrt. Nur so kann der Zusammenklang des Gewerbes mit dem Volke entstehen. Dabei ist aber immer zu berücksichtigen, daß die Wirtschaft nicht Herrscherin, sondern Dienerin des Volkes sein muß, daß nicht kapitalistische Maßnahmen der Wirtschaft Impulse zu geben haben, sondern daß sie vom Volke selbst ausgehen müssen, denn das Kapital hat nur der Wirtschaft zu dienen. Die „Adefa“ hat die große Aufgabe, daß bald von einer deutschen

Konfektion gesprochen werden kann, die im Auslande als Zeichen für deutsche Arbeit, deutsches geistiges und handwerkliches Gut zu gelten hat.

Syndikus Lorenz betonte nach eingehender Darlegung der Aufgaben der Adefa, daß die Privatinitiative auch in der nationalsozialistischen Wirtschaft genau so ihre Berechtigung wie in anderen Wirtschaftsformen habe, worauf es aber ankomme sei, daß die Grenze gefunden werde, wo gesündigt werde gegen den Grundsatz: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Alle noch aufstehenden Konfektionsfirmen mühten in der nächsten Zeit ihren Anschluß an die Adefa finden.

Ein Mitglied des Adefa-Ausschusses erklärte dann noch einen Appell an die Abnehmer, ihre Einstellung auch reichs praktisch zu bekräftigen und auf Grund der Verhinderung die die Grundlage der Adefa-Produktion sei, die angestrebte Gemeinnützigkeit zwischen dem deutschen Einzelhändler und dem Fabrikanten lädenlos herzustellen. Danach wurde mit einem dreifachen Sieg-Heil auf das Vaterland und den Führer die Ausstellung eröffnet.

Dieser Bericht beleuchtet die Situation sehr klar. Ein brutales Verdrängungsprogramm, gerichtet gegen die bisher nicht zu schlagende jüdische Konkurrenz, wird mit geistigen Konfektionszutaten aus dem braunen Nährboden geschmiedet. Die jüdischen Mitbewerber unter amtlicher Unterstützung aus dem Helde schlagen, das geschieht unter der Devise: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Das arische Konfektionskapital, oft kombiniert aus weniger raffinierten Einzelhändlern, hat einen besonderen „Landeswarter“, der den Dienst am Volke in Gestalt von Blumen und Köden überwaht. Treue um Treue! Sieg-Heil der Adefa!

In Wahrheit heckt hinter dem löhenden Berede blanke Verzweiflung. Der einstmalige bedeutende Export deutscher Konfektionswaren geht rapide zurück. Der Absatz im Innern sinkt. Es hat eine weitgehende Abwanderung der Konfektionsindustrie mit weitreichenden Produktionsstörungen ins Ausland stattgefunden — eine Entwicklung, die noch lange nicht abgeschlossen ist.

Kurz, die neue Arbeitsgemeinschaft hat einen etwas ominösen Namen. Adefa — Ade, Fabrikation! Vor der leeren oder mit schlecht verkäuflichen Waren behangenen Konfektionshalle dürfte selbst der leidenschaftliche Kowall an den Führer verjagen.

„Nebenkriegsschauplätze“

„Ich habe augenblicklich“ . . .

„Ich habe augenblicklich eine Periode, in der ich viel ins Café gehe“, sagt der eine, mit einer gewissen bekümmerten Wichtigkeit, als wäre ins Café gehen oder es bleiben lassen eine Problematik ernsthafter Natur. Und je nach Gesichtsausdruck des Caféausgängers kann der Zuhörer daraus schließen, und soll es wohl auch, ob es jenem schlecht oder gut geht.

„Ich habe augenblicklich eine Periode, in der ich viel ins Café gehe“ ist eine Feststellung, die verbergen soll, daß hinter dieser eine Bedrängnis lauert, der man eben dadurch entrinnt, daß man ins Café geht oder es bleiben läßt, oder aber zumindestens sich sehr ausführlich mit beiden Möglichkeiten auseinandersetzt.

Diejenige Kraft und Ueberlegung, die eigentlich nötig wäre, um die wirklichen Gründe der innerlichen Bedrängnis aufzudecken, und diejenige Entschlußkraft, die nötig wäre, um eine Aenderung herbeizuführen, wird auf einem Nebenkriegsschauplatz sinnlos verwendet, durch Ueberwindergeste oder Sichgehenlassen interessant geschmückt, und es scheint dann so, als ob alles geordnet sei.

Es scheint aber nur so. Denn nichts ist geordnet, und derselbe Mensch, vielleicht aber auch ein anderer, erkennt plötzlich nach einiger Zeit, daß er „mal wieder ein gutes Buch lesen muß“.

Warum muß er denn ein gutes Buch lesen? Man kann doch höchstens danach den Wunsch haben, und dann stimmt das Wort „müssen“ nicht, und wenn man den Wunsch stark genug verspürt, wird man eben ein gutes Buch lesen. Aber müssen?

Es soll doch viele Menschen geben, die nie ein gutes Buch lesen, sogar alte Generäle in Deutschland, und es gibt doch ein Volk, das sogar seine guten Bücher unter Staatsaufsicht verbrennt. Warum muß er also ein gutes Buch lesen?

Hat sich unser Fragesteller mit dem *Lesepflichtbewußtsein* seine Forderung nach dem guten Buch oft genug vorgehalten, so wird er wirklich eines Tages in eine Buchhandlung gehen und wird sich ein gutes Buch kaufen und — und — die Ursache seines schlechten Gewissens, lange nichts gelesen zu haben, wird ihm gar nicht mehr zum Bewußtsein kommen können, da er sich mitten in der Lektüre befindet. Wieder einmal ist ein lebensnotwendiges Problem auf einen „Nebenkriegsschauplatz“ verlegt worden und die traurige sehnsüchtige Erkenntnis, daß die realen Forderungen des Alltags Jugendträume und durchgeistigtes Leben zerstört haben, wird verdunkelt durch die Zufriedenheit, wieder einmal etwas für die Bildung getan zu haben.

Wieviele Briefmarken- und Münzsammlungen, Stock- und Bilder-, Schmetterlings- und Büchersammlungen sind im Grunde Nebenkriegsschauplätze für die aus Feigheit und Schwäche nicht ausgefochtenen Kämpfe der menschlichen Seele.

Wieviele Laster und Ränke, Sportexerzieren und Spezialisierungsbedürfnisse sind Nebenkriegsschauplätze für uneingestandene Liebe und Haß?

Mit erschreckender Sicherheit, und traumwandlerischer Genauigkeit verstehen es die Menschen, sich an ihren eigenen, zentralen, lebensnotwendigsten Problemen vorbeizudrücken, absichtlich-unabsichtlich vorbeizuschlüpfen, oft bis nah an die Grenze des Notwendigen heran und doch immer weit genug entfernt, um wieder zu entrinnen zu anderen Dingen, die ihnen Erlösung von eigener Qual vorpiegeln und niemals gewähren.

Überall hinein wird geschnüffelt, geordnet, registriert und gedacht. Neue Wichtigkeiten entdeckt, nur das eine einzige notwendigste Gesetz des Lebens, sich selber lebensfähig und geordnet zu gestalten mit Fleiß vernachlässigt, denn es gibt ja soviel „wichtigere“ Dinge. Ein Caféhaus oder ein Fernbleiben von diesem, ein „gutes Buch“ oder eine Stocksammlung.

Und die Nationen sind nicht klüger. Nicht einen Atom. Genau so feige und blind laufen sie jeder Pseudowahrheit nach und toben sich auf Nebenkriegsschauplätzen aus, die oft die wahrhaften Schlachtfelder zwischen den Völkern sind, um nur nicht die bittere Wahrheit zu begreifen, endlich und endgültig Ordnung in ein bankrotttes Wirtschaftssystem zu bringen. Nur diese eine, selbsterhaltende Notwendigkeit verlangt unsere Zeit, die Völker aber glauben noch immer an andere Notwendigkeiten. Jede plumpe Lüge und glühende Verführung wird geglaubt, alles lieber als die Notwendigkeit. Nordischer Mythos, Klu-Klan, Rassestheorien, Kriegsräusch und nationale Belange, Prohibition und Antisemitismus, Aufrüstung und Völkerbund, Diktatur und Viererpakt.

Alles wird geglaubt oder angegriffen. Jeder Ideologie laufen die Menschen behext nach, als wäre es die letzte Verkündung und die skrupellosen Diktatoren unserer Zeit in Politik und Wirtschaft führen die Menschen auf Nebenkriegsschauplätze, um die Erkenntnis der ehernen Notwendigkeit zu verhindern und um unbehinderter herrschen zu können. Nebenkriegsschauplätze sollen den einzigen wirklichen Kriegsschauplatz verbergen, auf dem diese Herren der Welt besiegt werden müssen, das das neue notwendige Gesetz nur und einzig der Allgemeinheit dienen soll. W. K.

Größe

I
Lorbeerkränze schmücken deine Wände,
und dein Name lebt in aller Munde;
Ehren auf den Scheitel, Gold in deine Hände!
Auch der Arme pries dich — bis zu dieser Stunde.
Ja, in seiner Hut, in seinem Schoß
wuchsen dir, Gefeierter, die Schwingen.
Und du liebst seine Seele klingen . . .
Bis zu dieser Stunde warst du groß.
Bis zu dieser Stunde, da Gewalt
ihn mit Füßen trat und all sein Recht,
bis zu dieser Stunde, da es galt,
zu bekennen: Freier oder Knecht?
Und die Menschheit wartete ringum
auf dein Wort, das oft sie hingerissen.
Flammte nicht empor dein Weltgewissen? . . .
Ach, du machtest deinen Buckel krumm
und bleibst stumm.

II
Durch die Gassen in verschwiegener Nacht
wandert einer, der am Tage werkte,
einer, dem die Zeit die Seele stärkte.
An die armen Türen klopft er sacht:
Bruder, hier, lies das! Den Mut empor!
Nieder mit den Henkern und Tyrannen!
Morgen treffen wir uns vor dem Tor:
Kampfberatung unter den drei Tannen.
Freiheit! . . . Freudig weht der alte Gruß
in das Schneegestöber: Ja, wir sind!
Weiter, weiter auf beschwingtem Fuß.
Durch die dünne Jacke beißt der Wind.
Freiheit! Wie die jungen Augen lohen!
Um die trognigen Schläfen spielt das Haar.
Zuchthaus, Folter, Dolch und Galgen drohen.
Freiheit, Freiheit! Was ist denn Gefahr?
Nacken hoch und weiter auf der Reise.
Führt aus finsterner Ecke nicht die Faust?
Freiheit! Freiheit! . . . Und der Schneesturm braust . . .
An die armen Türen pocht es leise.

III
Großer Dichter — nein, du bist nicht groß.
Kleiner Werkmann — nein, du bist nicht klein.
Einst wirst du, der arm und namenlos,
größer als der größte Name sein!
Peter Labor.

Zeit-Notizen

Der undeutsche Wassermann
Die „Berliner Börsen-Zeitung“ schreibt: „Wassermann war einer der angesehensten Schriftsteller der November-Republik. Mit der deutschen Literatur hatte er so gut wie nichts zu tun.“

In Berlin: 1200 Schauspieler arbeitslos
Eine Untersuchung der Bühnengenossenschaft in Berlin ergab die Zahl von 1200 arbeitslosen Schauspielern in der Reichshauptstadt.

„Reichsmusik“
Es gibt in Deutschland eine „Pianofront“, die „mit Rücksicht auf die beispiellose Notlage im Musikinstrumentengewerbe“ bei den Innenministerien der Länder beantragt hat, 20 000 Tasteninstrumente (Pianos, Flügel, Harmoniums usw.) im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf Reichskosten zu bestellen. Mit diesen Instrumenten solle in den Schulen obligatorischer Musikunterricht eingeführt werden.

Aufgeblühte Zeitschriften. Das Buchhändlerbörsenblatt weist neuerlich darauf hin, daß ab 1934 „die nach Umfang und Preis aufgeblühten Zeitschriften, besonders auf medizinischem und naturwissenschaftlichem Gebiet, gegen den Stand von 1933 um mindestens 20 Prozent hinsichtlich Umfang und Preis eingeschränkt werden sollten“. Der Vorstand der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte erwartet, daß alle Zeitschriften, die jährlich mehr als 40 Gold-dollar kosten, in Umfang und Preis um 30 Prozent herabgesetzt werden. — Kein Zeitalter ist materialistischer mit der Wissenschaft umgesprungen, als dieses deutsche, das vorgibt, antimaterialistisch zu sein.

Die Liste wird immer länger

Verboten wurden laut Kriminalpolizeiblatt 1728 bis 1733 folgende Druckschriften: die Flugschriften: „Aufruf an das deutsche Volk“, „Die Rote Front“ mit der Schlagzeile „Schlagt den Feind im eigenen Land“, „Die Rote Front“ mit der Schlagzeile „Rote Einheitsfront“, „Die Reichswehr und die Arbeiterschaft“, „Le Miroir du Monde“ (Paris), „Le cri de Paris“ (Paris), Georg Bernhard, „Die deutsche Tragödie“, „Roter Expressdienst“, E. M. Remarque, „Der Weg zurück“, Ullstein, Berlin; Ernst Henri, „The truth about Hitler and the Reichstag-Fire“; die Flugblätter: „Polizeibeamte, Kollegen, hilft uns Hitler!“, „Wahrheit, illegales Organ des Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands“, „Zeitschrift für Sozialismus“ (Prag); „Unser Express“ (in jiddischer Sprache, Warschau); Lothar Frei, „Deutschland wohin?“, „De Stormklok“ (Holland); Theodor Herzl, „Der Judenstaat“ (R. Löwit, Wien); Oppeln-Bronikowski, „Gerechtigkeit! Zur Lösung der Judenfrage“, (Vorwort von Ricarda Huch, Berlin, Verlag Josef Caribaldi Huch); Max Rabenhorst, „Wege zum Wiederaufstieg“ (Nauen, Freyhoffs Buchdruckerei); „Wir fordern Visektionsverbot“, Herausgeber Hermann Hauck, Berlin; „Freidenkerstimme“, Organ des Verbandes proletarischer Freidenker im Saargebiet; P. Liesenfeld, „Die Ideale nach Dr. K. Ogino und Professor H. Knaus“ (Köln, Dr. Weiler u. Co.); „Himmelsbriefe“, Herausgeber: St. K. Caernijewski und Johannes Liss (Deutsch-Piekar, O. S.); F. A. Voigt und A. Goldsmith, „Hindenburg, sein Leben und Wirken“, (Berlin, Kindt u. Bucher); „Landmannschafters Zeitung“, Heft 10, Dezember.

Erich und Mathilde

Die Großmutter der Hitlerei

Die Paten, die den völkischen Nachkriegsantisemitismus in überstopften Vortragssälen aus der Taufe hoben, hießen weder Hitler noch Göring, noch Göbbels — sie hießen General v. Ludendorff und Mathilde von Ludendorff, geborene von Kemnitz. Jetzt ist das Baby groß geworden und spuckt seinen eigenen Paten auf die Köpfe. Mathilde von Ludendorff, die schon ganz kleinlaut geworden ist — und das will bei ihr was heißen —, hat sich nur eben gestattet, in ihrer Zeitschrift „Geistchristentum“ ein kleines häßliches Gedicht zu veröffentlichen:

„Stille Nacht, heilige Pracht! — Das Sternenmeer — gibt weise Lehr — kündigt uns Gott in dem weiten All — weiß nichts von Demut und Knechtschaftsqual — weiß nur von Stolzen und Frei'n — die können gottdurchseelt sein . . . usw. usw.“

Gleich fährt die „Neue Literatur“, Will Vespers Kunstblatt, in echt arisch-ritterlicher Art auf die Großmutter der Hitlerei los:

„Eine als Schriftsteller wie als denkender Mensch gleichmäßig begabte Suffragette erheiratet sich einen Namen, vor dem einmal der Erdball gezittert hat, setzt ihn auf ihr Reklameschild und bringt unter dieser Firma tollen Fasel, der sonst in ihrem Damenschreibtisch verschimmelt wäre, an den Mann. Mathilde, das Produkt einer verfallenden Großstadterziehung, macht in Religion, sie, die kein Wort griechisch kann, hunzt die Evangelisten herunter; sie, die Kinderlose, tischt salbungstriefende Plattheiten über Kindererziehung auf; sie, die von den letzten Fragen an das Ich und Außer-Ich keinen Begriff hat, kleistert eine Weltanschauung zusammen. Und immer wieder trägt Herakles der Omphale den Rocken . . . Wenn irgendeine verstarnte Teufelsmacht einen Anschlag geschmiedet hätte, den Namen des größten deutschen Heerführers (Hindenburg, mal herhören! D. Redaktion) durch Lächerlichkeit für immer zu entwerthen, dieser Anschlag könnte kaum besser ausfallen als das, was in Wirklichkeit geschieht.“

Völkische untereinander! Völkische, eines Stammes, Völkische, „aus Blut und Boden gewachsen!“

Johns nationaler P.E.N.-Klub

„Widerspruch in sich“

Hitleramtlich wird gemeldet: Eine Union nationaler Schriftsteller. Auf der Generalversammlung der deutschen Gruppe des P. E. N.-Clubs, die am Montag zusammentrat, wurde die Union nationaler Schriftsteller gegründet. Zum Präsidenten der neuen Union wurde Hanns Johns gewählt.

Zu dieser Gründung ist nichts zu sagen. Sie ist ein Versuch, der allgemeinen Achtung der hitlerfrommen deutschen Schriftsteller, die ihnen von allen angesehenen ausländischen Autoren widerfuhr, durch eine autarkische Gründung zu begegnen. Mit welchem Erfolg, das zeigt diese Aeußerung der immer sehr zurückhaltenden Basler „National-Zeitung“: „Mit dieser Gründung bricht Deutschland auch auf litera-

rischem Gebiete seine bisherigen internationalen Beziehungen ab. Ob diese gegen die internationalen völkerverbindenden Ziele des Pen-Club gerichtete neue Union in anderen Ländern Gegenliebe finden wird, bleibt abzuwarten. Denn in Wien steht der Pen-Club neugekräftigt da und auch aus dem römischen Pen-Club sind bis jetzt keine Sezessionsgedanken laut geworden. Denn — wir wiederholen uns: eine internationale Vereinigung nationaler Schriftsteller ist ein Widerspruch in sich selbst.“

Leers sieht dich an

Ein antimarxistisches Seminar wird, wie die Zeitschrift für Politik mitteilt, an der Hochschule für Politik errichtet. Bisher gab es folgende Seminare: Staatsbürgerkundliches, Eurasisches, Geopolitisches Seminar sowie Seminare für Volkstum, Redekunst und für die Fragen des Arbeitsdienstes. Der neue Lehrkörper sieht so aus: Studienleiter ist der bekannte Dr. v. Leers, („Juden sehen dich an“), dann für Staats- und Kulturphilosophie: Dr. Klemmt; Rassekunde und Rassenpflege: Dr. Groß; Geschichte: Dr. Hoppe; Rechts- und Staatslehre: Dr. Lammers; Presse, Propaganda; Schulze-Wechsungen; Innenpolitik: Löpeltmann; Wirtschafts- und Sozialpolitik: Klagges (wirklich!); Wehrpolitik: Generalleutnant Kaupisch; Außenpolitik und Auslandskunde: von Leers.

Unter diesen Chefs exerzieren dann Dozenten, die in der Wissenschaft genau so unbekannt sind, wie die Chefs selbst. Aber das sind so die liberalistisch-marxistischen Vorurteile. Der Marxismus wird jedenfalls jetzt endgültig getötet.

„Zu Befehl, Herr Direktor!“

Das Führerprinzip an den höheren Schulen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, bringt der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Rust, in einem Erlaß, der sich mit der Konferenzordnung für höhere Schulen beschäftigt, zum Ausdruck, daß es nicht angeht, wenn die von den Schuldirektoren für notwendig erachteten Maßnahmen — wie bisher — zum großen Teil von wechselnden Mehrheitsbeschlüssen der Lehrerschaft abhängig gemacht werden. Die Direktoren seien ihrer vorgesetzten Behörde für den nationalsozialistischen Geist und die Leistungen ihrer Schulen verantwortlich. Der Minister ordnet daher unter Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen an, daß sämtliche Konferenzen in Zukunft nur noch beratende Befugnisse haben und daß die bisher den Konferenzen zugewiesenen Entscheidungen fortan der Direktor trifft, soweit nicht rechtliche Bindungen dem entgegenstehen.

Nothilfe für brünette Arier

„Blondfimmel“

Zu welcher Verwüstung der Gehirne die antisemitische Hetze in Hitler-Deutschland zum Teil geführt hat, läßt sich aus einem Erlaß des „Aufklärungsamtes für Bevölkerungspolitik und Rassenkunde“ leicht erkennen. Dieses Amt, dessen erste Aufgabe es ist, die Ueberlegenheit der arischen Rasse zu betonen, erläßt einen Aufruf gegen . . . „Rassehochmut, Familiendünkel und Blondfimmel“ . . .

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Der Großbetrüger Stavisky wurde auf dem Friedhof in Chamonix begraben, um später übergeführt zu werden. Madame Stavisky, die dem Totenwagen im Auto gefolgt war, erlitt einen Ohnmachtsanfall.

Die französischen Gewerkschaften haben durch ihren Verwaltungsrat eine scharfe Tagesordnung gegen die Betrügereien angenommen und eilige gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Sparkassen gefordert. Derartige Schutzbestimmungen werden von der Regierung bearbeitet.

Die offizielle Einladung zu den olympischen Spielen in Berlin 1936 ist in Paris nunmehr eingetroffen.

Der bekannte französische Schriftsteller André Maurois spricht nächsten Dienstag, 21 Uhr, im Saale der Gelehrten Gesellschaften, 8, rue Danton, über „Erfordernisse des modernen Staats“.

Wie wir hören, wird der in Paris wohnende bekannte Kritiker Alfred Kerr, Mitarbeiter unseres Blattes, demnächst einen Vortragszyklus durch die Schweiz durchführen.

Das Testament des Schwindlers

Stavisky war, von kleinen Seitensprüngen abgesehen, ein Musterhemann, das sagen die hartgesottensten seiner Freunde. Er hat auch ein Testament hinterlassen, einen Brief, der in zärtlichen Ausdrücken an „meine heißgeliebte Frau“ gerichtet ist. In diesem Briefe, den der Staatsanwalt der Republik der Witwe des großen Abenteurers aushändigte, lagen drei andere Briefe, an „meine Tochter“, an „Meinen Sohn“ und an seine Frau. Die Briefe waren von wirklicher Liebe diktiert, und der sonst so herzlose Verbrecher bekannte sich darin als guter Vater und Gatte. Er gab in diesen Briefen die Absicht kund, seinem Leben ein Ziel zu setzen und nahm „auf ewig“ Abschied von der Frau —, die beim Lesen dieser Worte laut schluchzte.

Stavisky liegt jetzt schon im kleinen Grabe auf dem Alpenfriedhof zu Chamonix, unter dem Himmel von Savoyen. Die Szene seines Selbstmordes und des Eindringens der Polizei in die Berghütte ist rekonstruiert worden. Zweifel bleiben: der „Populaire“ schreibt, daß ein Zeuge die Worte gehört hat: „Ne tirez pas!“ Die „Humanité“ verschwand von den Zeitungsständen, weil sie neben neuer schwerer Beschuldigung ein montiertes Bild des toten Verbrechers mit einem Heftpflaster auf dem schweigenden Mund brachte. Aber, wie dem auch sei, — wir glauben, das Zeugnis des Abenteurers vor seinem Tode, im Briefe an seine Frau, wirkt überzeugender. —

Der „Marxismus ist schuld“

Der sozialistische Kritiker Jarjaille treibt seinen Spott damit, daß nach Ansicht gewisser Geister, nicht bloß in Deutschland, auch in Frankreich, wieder einmal der „Marxismus“ schuld sei, obwohl kein einziger Sozialist an der Affäre beteiligt war. Und von denen, die den schönen Alexander in Babylon feierten, bis zum Marxismus ist lang!

Das Neueste

Nach einer Savasmeldung aus Madrid wurde Donnerstagabend ein junger Mann, der falsche Mütter feilbot, auf offener Straße nach einem Wortwechsel niedergeschossen. Kurz vorher hatten Zusammenstöße zwischen Faschisten und Jungrepublikanern stattgefunden, die den Verkauf von falschen Mütterlisten verhindern wollten.

Savas meldet aus Buenos Aires, daß die Provinz Mendoza von einer Hochwasserflut bedroht ist. Bisher sollen 60 Personen ertrunken sein.

Der litauische Seelande ist am Donnerstag wegen der Lage im Memelgebiet zu einer Rückfrage ins auswärtige Amt gebeten worden. Der Seelande hat die gemeldeten Absichten litauischer Stellen gegen die memelische Autonomie nachdrücklich in Abrede gestellt und gegen ihre Verbreitung Verwahrung eingelegt.

Der deutsche Botschafter v. Hassell ist am Donnerstagabend von Mussolini empfangen worden.

Die von Frankreich beschlossene Herabsetzung der Einfuhrkontingente für eine große Zahl englischer Waren um 75 Prozent ist nunmehr beschlossen worden. Die englische Presse spricht von einem Rückzug Frankreichs.

Die chinesischen Regierungstruppen haben Fui-tan besetzt.

Nach der Unterredung Simons mit Henderson wird mitgeteilt, daß die Genfer Väterkonferenz auf den 29. Januar oder einen noch späteren Zeitpunkt verschoben werden wird.

In Paris in Pommern wurde am Donnerstagabend der Polizeipräsident von der Polizei der Stadt Schloß bei einem Patronenübergang durch vier Schüsse niedergeschossen. Eine Kugel drang ihm ins Herz und führte seinen sofortigen Tod herbei. Es dürfte sich um einen Mord handeln, da der Beamte vor einigen Tagen in einer Diebstahlsangelegenheit mehrere Handwaffen vorgefunden hatte. Die Polizei hat nach am Abend mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Nach einer Meldung aus Tokio soll gegenwärtig in der dortigen Gegend eine Grippeepidemie herrschen, die in den letzten zwei Wochen täglich 150 Tote gefordert habe. Sämtliche Krankenhäuser der Stadt seien überfüllt.

Wie von zehnjähriger Stelle mitgeteilt wird, hat die Polizei einen Vater des Christ-Adolph-Heims der Gesellschaft Jesu in Pfeningen bei Stuttgart unter dem dringenden Verdacht des fittlichen Vergehens an Augenblinden in Haft genommen und dem Richter vorgeführt.

Sturm über England

Das London, 12. Jan. Schweres Sturmwetter herrscht im ganzen Bereich der englischen Inseln und hat große Störungen im Schiffsverkehrsverkehr verursacht. Der Dampfer „Mauretonia“ konnte gestern Abend den Hafen Plymouth nicht anlaufen und ging direkt nach Cherbourg weiter. Der englische 22.500-Tonnen-Dampfer „Strathnaver“, der mit

Allgemeine DEUTSCHE POLIKLINIK

RUE DE CLICHY TEL. TRINITE 15-73

Chefarzt: Professor WENSTEN

1) ORDINATION DURCH SPEZIALKRÄFTE für Innere, Chirurgische, Frauen- und Kinderkrankheiten, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Augen-, Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten, Geburtshilfe. 2) INNERE KLINIK. 3) CHIRURGISCHE KLINIK. 4) GEBURTSHILFICHE und GYNÄKOLOGISCHE KLINIK

Sanatoriums-Gebäude mit der allermodernsten Einrichtung

ORDINATION: (auch für Privatkranken) täglich von 1 bis 4 Uhr, Sonn- und Feiertage von 10 bis 12 Uhr

Schließlich: wenn gewisse Herren täglich „enthüllen“, warum enthüllten sie dann weder den Oustrie- noch den Stavisky-Skandal?

Recht hat er, der Jarjaille. Und das einzig Heitere an der ganzen Geschichte ist der Reifall des schönen Adolf, der auf dem Wege über den schönen Alexander in Paris mit käuflichen Journalisten geteilt hat, — und der das nächste Mal vorsichtiger sein muß, damit er nicht wieder in die Nähe eines neuen Stavisky kommt. —

Der Baumgärtner

Der vielseitige Stavisky hat sich auch als Baumgärtner betätigt, und zwar in Orléans. Und das ging so zu:

Der schöne Alexander wollte auch in der Loirestadt seine Bons unterbringen, stieß aber auf den harten Widerstand des Senators Turbat, des Maire der Stadt. Monsieur Turbat ist nun ein großer Baumgärtner vor dem Herrn, einer der bedeutendsten von Frankreich, und das will etwas heißen, denn nirgendwo steht die Obstzucht so in Ehren, wie in dem Lande, das den wunderbarsten Apfelsorten den Namen gegeben hat.

Auch zu Stavisky drang dieser Ruhm, — und was tat der smarte Rumäne? Er verwandelte sich sofort in einen begeisterten Obstzüchter und mehrfachen Schloßbesitzer und ließ sich in dieser Eigenschaft bei einem Essen dem Senator vorstellen, indem er ihn um Rat wegen der Verschönerung seiner Parks bat. Der Maire mißtraute dem Apfelschmecker anfangs auch kaum, da er ihm unter dem Namen „Alexandre“ vorgestellt war, und hörte geduldig die Reden des Wurmstichigen über Veredeln und Blattläuse und echte Butterbirnen an. Da aber ließ der bel Alexander so nebenbei die Worte fallen: „Ach, Herr Maire, seien Sie doch



Der Leiter der Untersuchung im Stavisky-Skandal

Capagne wurde zum Untersuchungsleiter in der Affäre des Banktrahns von Bayonne gemacht.

Reisenden, Post und 350.000 Pfund Sterling Gold an Bord von Australien kam, konnte erst nach vierstündigen mühseligen Bemühungen in den Hafen von Plymouth einlaufen. Der Wind erreichte stellenweise eine Stundenwindgeschwindigkeit von 100 Kilometer.

Finnischer Zollkrieg Gegen Deutschland

Nachdem die finnische Regierung die Berliner Dezemberverhandlungen damit eingeleitet hatte, daß sie gleichzeitig vom finnischen Reichstag Kampfsätze auf Koks, Salz und zahlreiche andere für Deutschland wichtige Waren für den Fall des vertragelosen Zustandes beschließen ließ, hat die Regierung heute in später Abendstunde auf Grund ihres Vorkriegsbeschlusses vom 20. Dezember 1903 zahlreiche Einfuhrverbote gegen Waren deutschen Ursprungs erlassen, welche flüchtiger Schätzung nach etwa 400 Mill. Finnmärk der bisherigen deutschen Ausfuhr nach Finnland betreffen, also beinahe die Hälfte.

Die Türken bekommen Familiennamen

Istanbul, 11. Januar. Zu dem neuen Gesetz über die türkischen Familiennamen ist eben eine wichtige Ergänzung erlassen worden, nach der, wie in den anderen europäischen Ländern, der Vornamen vor dem Familiennamen zu stehen kommen wird. Weiter ist verboten, als Familiennamen irgendwelche Grad- oder Rangbezeichnung anzunehmen, die den Trägern eine gewisse soziale Überhöhung ermöglichen würde. Ebenso ist es unerlaubt, Rassebezeichnungen, Nationalitätsbezeichnungen oder Stammeszugehörigkeit durch den Familiennamen auszudrücken.

Pelze-Kramer
97, Grand'rue
STRASBOURG

Große Auswahl in Pelzkrägen ab 30 Fr., Pelzjacken ab 125 Fr., Pelzmäntel ab 300 Fr., Inob- und Stummelstücke ab 150 Fr., Stummel-Collars und Echarpes ab 20 Fr., Reparatur, 50% Ersparnisse 1421

Auch die „Klein-Anzeige“ in der „Deutschen Freiheit“ bringt Erfolg!

Steuerfragen Gesellschaftsgründungen

Wenden Sie sich an

F. BRIQUEU
LICENCIÉ EN DROIT

ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuerbehörden, um vom offiziellen Standpunkt aus beraten zu werden.

25, Bd. Bonne-Nouvelle, PARIS (2), Telefon Louvre 22-93

nicht gar so streng wegen der Sachen der Sparkasse. Da haben Sie mir wirklich bitter Unrecht getan.“

Na, darauf wurde der Maire hellhörig, und Stavisky erreichte seine Früchte nicht. In diesem Falle waren sie ihm zu sauer.

Frankreich, oder das Glück des Mittelstandes

Es ist bekannt, daß Frankreich auch heute noch mit etwa 34 Prozent seiner Einwohner das Land der Bauern ist, und daß die große Revolution von 1789 durch Besitzwechsel auf ewig einen leistungsfähigen Mittelstand geschaffen hat. Der Krämer, der Schuster, der Handwerker beherrscht auch heute noch Paris. Nicht zu vergessen auch die Concierge, die allerdings suchen in einer scharfen Epistel gegen die „provinziellen“ Auswüchse des schönen Paris den Zorn des großen Amerikaners Theodor Dreiser hervorgerufen hat.

Daß Frankreich das Land des Mittelstandes ist, ergibt sich auch aus seiner neugeführten Lotterie, aus dem Zufall des Fallens der großen Lose. Der erste 5-Millionen-Franken-Gewinner war Bonhoure, der Bader aus Tarascon. Der zweite der Kohlenmann Bibière aus Avignon. Der dritte, der Müller Rochetaillade, hat soben 60.000 Franken seines neuen Reichtums für die sechs Waisenkinder gestiftet, die den Gewinn im Trocadéro gezogen haben. Der neueste fünffache Millionär, frisch im Trocadéro gebacken, ist der Bäcker Felix Reynaud, wohnhaft wieder im schönen Süden, zu Cavailon im Vaucluse. Reynaud ist 35 Jahre alt, hat eine Witwe geheiratet, hat den ganzen Krieg mitgemacht, wurde bei Ypern verwundet und teilt heute noch die „Baguette“ und die „Croissants“ aus, ein Normalfranzoso.

Der Pariser Taxenpreis

Nach einer Verfügung des Präfekten der Seine ist den Autotaxen freigestellt worden, den Preis der Nachttaxe nach Gutdünken zu bestimmen, d. h. nicht etwa nach oben, sondern vom gesetzlichen Fahrpreis abwärts. Eine Taxigesellschaft fuhr bisher schon ein Fünftel billiger, als der festgesetzte Preis ist. Der bisher gewohnheitsrechtlich eingeführte Zustand, mit dem Chauffeur einen Nachtpreis zu „fixen“, hat also jetzt die präfektoralische Zustimmung erlangt.

Achtung, Wohnungsuchende!

Nach dem französischen Mietgesetz von 1926/29 müssen die Hausbesitzer und Inhaber von Familienpensionen die leerstehenden Wohnungen in gut lesbarer Schrift mit Preis und Zimmerzahl durch Hausanschlag bekannt geben. Außerdem müssen leerstehende Wohnungen 14 Tage nach dem Auszug in Paris auf dem Rathaus angemeldet werden, beim Wohnungsdienst, einer Abteilung des Hygiene-, Arbeits- und Sozialfürsorgewesens, und an den anderen Orten bei der Mairie. Die Präfektur der Seine läßt Interessenten ein, die genauen Bestimmungen über Klein- und Mittelwohnungen nach dem Gesetz vom 9. August 1929 dort einzusehen.

BRIEFKASTEN

W. H., London. Der Abonnementspreis der „Deutschen Freiheit“ beträgt in England 4 sh und 10 p, in Porto, zusammen also 5,10 sh. Wenn Ihr Buchhändler Ihnen 50 sh berechnet, so ist das allerdings ein gewaltiger Jermun. Ihre anderen Mitteilungen, bzw. Anregungen, haben wir der Redaktion weitergeleitet. Freundlichen Gruß.

Godswald. Wir danken Ihnen, daß Sie uns folgendes Verbot des Antirais Adema her in Bad Kreuznach zugänglich machen:

„In letzter Zeit treten erneut Verjüde herauf, Verbände oder Vereine der Reichsbankgläubiger und Inflationsopter zu gründen. Als Zweck wird herangezogen, die Aufwertung der alten, verfallenen Reichsbanknoten zu betreiben. Da die Bildung solcher Vereinigungen und die Mitgliederwerbung geeignet sind, Unruhe in die Bevölkerung zu bringen, wird einem Zusammen-schluß der Reichler von Vorkriegsnoten verbotlich erklärt, entgegengetreten. Die zuständigen Stellen sind angewiesen, das Tragen von Verbandsabzeichen durch Angehörige derartiger schon früher gebildeten Erdgruppen und den Vertrieb von Reichsbanknoten zu verbieten.“

Die Inflationsopter hatten die größten Hoffnungen auf Hitler. Nun werden sie vor die Tür gesetzt. Kugeln der Hitlerischen Waderegreifung sind nur die hochbetrienen Reichsbanken. Das hätten auch die Inflationsopter schon vorher begreifen können.

Hesse. In dem parteilosen „Maler Kautler“, für dessen Zusendung wir Ihnen danken, hebt zum Jahresbeginn u. a. zu lesen:

„Mit innerer Siegesgewißheit treten 100 Millionen Deutsche auf der ganzen Welt zu dem Kampfe an, den auch das Neue Jahr uns nicht ersparen wird — aber sie treten nicht an hinter gelb-weißen oder rot-weiß-roten oder sonstigen Fahnen, sondern hinter der Fahne der nationalsozialistischen Revolution!“

100 Millionen Deutsche? Wo wohnen die? Im Reich sind es nur 65 Millionen. Mit den Saardeutschen und den Oesterreichern kaum 75 Millionen. Der Rest sind Deutschsprachige unter fremder Souveränität, so zum Beispiel die Ostschlöhlinger, auf die Hitler so gerne und freudig verzichtet — solange er sie nicht gewaltfam zurückholen kann.

H. H., Mühlhausen. Die Verleibung von „Schreidolchen“ in der ZK ist, wie der edelmütige Grup, den italienischen Faschisten nachgeht. Wenn sich die Leute wenigstens Familienwort zur Mitgliedschaft nehmen würden: „Mit reden will ich Töche, keine Bräuer.“

W., Reutlingen. Das kommunistische Blatt im Saargebiet hat uns wieder einmal „entlarvt“. Wir haben uns natürlich erlaubt, den zweiten Jahrsheftchen der Fahren wohlwollend zu besprechen. In zweiter Einleit hatten wir gar nicht bemerkt, daß man aus dieser Anmerkungen des Witzes der „Deutschen Freiheit“ zum Aufbau aus einer — Anbiederung der bösen „Deutschen Freiheit“ an das Weltkapital heranzuleiten kann. Weshalb denn behauptet das kommunistische Blatt, und die wird es schon wissen. Auf Grund dieser Entdeckung hoffen wir, nun nicht nur von Sowjetrußland, sondern auch vom „Weltkapital“ die Subventionen endlich zu erhalten, die uns noch immer fehlen. Das kommunistische Blatt aber, das uns alle paar Tage eine schlechte Note wegen „Arbeiterverrat“ erteilt, bitten wir, uns zu glauben: Es ist bei uns nicht böser Wille. Ihr meint zu Unrecht, es sei sozialfaschistische Raffinesse, was nur unsere bedauerliche Dummheit ist, der leider auch das Studium des letzten Heftchen nicht geholfen hat. Wir verstehen und nicht. Wir sind wirklich so dumm.

Görings Einkreisung

„Der Weg zur Reichspolizei“

Man schreibt uns:

Sie bringen in der Nummer 5 Ihres Blattes vom 7. 5. Januar auf der letzten Seite eine Notiz über „Der Weg zur Reichspolizei“, in der Sie am Schluß sagen, daß nur noch Bayern und Preußen mit Landespolizei übrig bleiben.

Daraus muß der Uneingeweihte schließen, daß in Bayern der SS-Führer Himmler nichts in die Polizei hineinzuwerfen hat. Tatsache ist, daß in Bayern kurz nach der Machtübernahme durch die Nazis dem Himmler die gesamte politische Polizei des Landes angedreht wurde. Wir nahmen das damals als eine Handlung hin, die die Nazis nur in Bayern für notwendig hielten, weil sie fürchteten, daß in manchen Ämtern Polizeibeamte, die der Bayerischen Volkspartei angehörten, Sabotage üben könnten. Bayern war also das erste Land, in dem Herr Himmler und seine SS die politische Polizei in die Hände bekamen.

Wohlgemerkt, die politische Polizei! Die Polizei selbst bleibt überall noch Landesangelegenheit. Aber mit Ausnahme von Preußen wird die politische Polizei bereits überall vom Braunen Haus von München aus geleitet. Gewiß nicht zur Freude des Herrn Göring. In dieser Frage kann man also Bayern und Preußen nicht in eine Linie stellen und nur das wollte ich Ihnen eigentlich mitteilen.

„Als Verräter vorgeführt“

SA-Justiz

Stuttgart, 11. Jan. In Ulm wurde, wie die „Nationalsozialistische Rundschau“ berichtet, der SA-Mann Schürer, nachdem aus den Akten bekannt geworden war, daß er sich als Spiegel der früheren Sozialdemokratischen Partei betätigt hatte, vor sechs Wochen in Schutzhaft genommen und am Samstag der gesamten SA in Ulm als Verräter vorgeführt.

Partei Gruß vor Gericht

Bei Verweigerung Ordnungsstrafe

Von der 2. Strafkammer des Landgerichts sollte n. a. auch der 41 Jahre alte Bühnenarbeiter Walter Thomas als Zeuge vernommen werden. Schon beim Aufruf der Sache wurde er vom Justizwachtmeister wie üblich darauf hingewiesen, daß dem Gericht bei seinem Erscheinen der „deutsche Gruß“ zu erteilen sei. Weder diese Aufforderung noch eine weitere Ermahnung des Vorsitzenden fruchteten, der Zeuge verweigerte die Leistung des sogenannten „deutschen Grußes“. Der Vorsitzende verkündete daher folgenden Beschluß des Gerichts: „Der Zeuge Thomas wird wegen grober Ungebühr vor Gericht in eine Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft genommen.“

Diese Ordnungsstrafe ist die höchstzulässige derartige Maßnahme. Der Zeuge wurde sofort ins Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Kampfmethoden an der Saar

Wird die Völkerbundstagung sich durchsetzen?

Die Methoden des deutschen Faschismus erleben im Abwehrkampf des Saargebietes eine ungeahnte Verschärfung. In einem Augenblick, da sich die Vertreter der Völkerbundregierung an der Saar zur Reise nach Genf aufmachen und da auch die Vertreter der sogenannten „deutschen Front“, an ihrer Spitze der so gern an Frankreich verdrängte Herr Hermann Röschling, zur gleichen Reise rüsten, entfremdet in der reichsdeutschen und saarländischen Presse ebenso wie im reichsdeutschen Rundfunk ein bislang ungetaufter Kampf, der an Schärfe nicht mehr zu überbieten ist.

Es gibt kein Mittel, dessen Anwendung die gleichgeschaltete und nazifizierte Presse an der Saar verschmäht, wenn es gilt, die Regierung, ihre Maßnahmen und ihre Beamten, soweit sie nicht naziergeben sind, zu diffamieren.

Trennte Dienste leistet hierbei die Presse im Reich, die auf Befehl über die Regierung an der Saar und besonders über ihren Präsidenten, den Engländer Amor und über den Direktor des Kabinetts und des Innern, den Franzosen Heimburger, herrscht. Der deutsche Rundfunk läßt sich seinen Abend und seinen Nachrichtendienst ungenutzt vorbeiziehen, ohne die Saarregierung anzufallen, die reichsdeutsche Presse veröffentlicht die gemeinsten Artikel und die Hitlerpresse an der Saar fängt die jenseits der Grenze geworfenen Wälle mehr oder weniger gefächelt auf.

Alles dies geschieht, um den Ausgang der Ratsbeschlüsse in Genf im Sinne der nationalsozialistischen „deutschen Front“ zu beeinflussen. Die Regierung, die viel zu langmütig dem Terror weicht, soll als derart volkstümmig erscheinen, daß der Erfolg des einen oder anderen heutigen Regierungsmittels durch einen genehmigenden Vertreter bewirkt werden soll. Nur so sind die konzentrischen Angriffe der Saarpresse zu verstehen. Nur so ist der Kampf zu verstehen, der in einem Sudelblatt vom Schlag des „Saarbrücker Abendblattes“ seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Das Blatt, das im Verein mit der „Saarbrücker Zeitung“ und der „Saarfront“ seit Tagen der Aufnahme ehemals reichsdeutscher Beamter in die saarländische Polizei wäudende Artikel widmet, hat nun unter Amtsanweisung in einer jeder Kultur der Gefinnung und jedem Anstand baren Weise gegen den Oberregierungsrat A. D. Nibel gehetzt, der seit einiger Zeit Beamter der Regierungskommission ist und der den ganzen Jörn der Nazis allein durch seine bloße Existenz entlastet hat. Die Saarpresse beschuldigt den Beamten fälschlicherweise, der Verfasser der letzten Denkschrift der Regierungskommission an den Völkerbundrat zu sein, in der hauptsächlich die Ergebnisse einer Hausdurchsuchung bei der nationalsozialistischen Kreisleitung Neunkirchen verwertet worden waren. Die Mittel, die sowohl das „Abendblatt“, als auch die „Saarbrücker Zeitung“ und schließlich auch die „Saarfront“ hierbei anwenden, kennzeichnen ihre Urheber.

Oberregierungsrat Nibel war Staatsbeamter im Reich, Sozialist und Reichsausschreier. Er, der Berufsbeamter ist, wurde wie Lehntausende anderer trotz lebenslänglicher Anstellung erwidert gemacht.

In dem Bestreben, auf deutschem Boden zu bleiben, bot er der Regierung an der Saar seine Beamtendienste an. Nibel ist Arier und ein so guter Deutscher, wie nur irgendeiner. Das schützt ihn als politische misliebige Persönlichkeit nicht vor den schlimmsten Anwürfen und der gemeinsten Verleumdung. Er wird von der Regierung Hitler seit einigen Monaten wegen eines angeblichen „Verstoßes“ gegen die Verordnungen zum Schutze von Volk und Staat verfolgt; vermutlich hat er noch im Reich irgendeinem Nazibonzen grüßlichlich den Rücken gekehrt. Jetzt dreht die saarbrücker Justiz die Mittel der archaischen Verbrechen gegen den Reichsdeutschen Rundfunk, Nibel, der während seines ganzen Lebens ein untadeliger Beamter war, habe dienstliche Verfehlungen begangen, legt veröffentlicht

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

- a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. (Innere Medizin, Augen, Ohren, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Röntgen, Diätetik, Elektrotherapie, Spezialbehandlungen bei Bluth, Harn- u. Geschlechtskrankheiten)
- b) Chirurgie. (Zweitöckrige Sanatoriumsgebäude, Kleiner, mittlerer und großer Chirurg. Die allermodernste Einrichtung sowie 2 Operationsäle)
- c) Geburtshilfliche Klinik. (Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Aerzte, 3 Hebammen)
- d) Zahnärztliches Kabinett. (Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, -Reparatur, Kautschukarbeiten)

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Doktor Wachtel und Doktor Axel

Harn-, Blut- und Hautkrankheiten
123, Bd. Sébastopol - Sprechstunden v. 9-12 u. 2-5 Uhr; Sonntags vormittags
Nase, Hals, Ohren:
Sprechstunden täglich von 5-7 Uhr

Dr. Spécialiste

30, rue de Rivoli - Métro Châtelet
RADIKALE HEILUNG VON BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität, Impfung, Verfahren, Trypanblau-Einspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen, Spermakultur, Salvarsan, Vitamin usw.
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.
Man spricht deutsch

SEROKLINIK VON PARIS

71, Boulevard de Clichy - Métro Blanche

(Harnstein, chronischer und tracher Tripper, Miliärgicht, Cystitis, Prostata, FRAUENLEIDEN: Blutzuckerkrankheit, Venenentzündung, Hämorrhoiden, Syphilis, Haut- und Kopfhaarakkrankungen, Ausschlag, Psoriasis, - Neue Behandlungsmethode auf elektrischem Wege und durch ultraviolette Strahlen, Serotherapie und Auto-Hemo-Therapie - Mäßiger Honorar, Konsultationen von 9-12 und 14-20 Uhr, Sonntags von 9-12 Uhr.

Aelteste

Deutsche Klinik

52, R. de Bondy, Paris
Tel. Bot. 29-69

Harn- Blut- und Haut-

krankheiten, Frauenleiden

Ultra-Violette Strahlen, Serotherapie

Diathermie, Höhensonne etc.

Der Erfolg liegt in der Reklame!

Inserieren Sie deshalb in der „Deutschen Freiheit“

Berücksichtigt die Inserenten der „Deutschen Freiheit“

Nur 1/3 Pension

Weil er die Zugehörigkeit zur SPD. verschwiegen hatte

Wegen der Nichtangabe seiner früheren Zugehörigkeit zur SPD, auf zwei Fragebogen hatte sich der Oberinspektor Grimme vor der braunschweigischen Dienststrafkammer zu verantworten. Er betraf sich darauf, er habe bei den Beantwortungen der Fragen unter einem gewissen seelischen Druck gestanden. Das Staatsministerium hatte inzwischen seine Vernehmung in den Ruhestand verlegt. Die Dienststrafkammer verurteilte ihn zur Aberkennung des Ruhegehalts unter Befolgung des gefehlischen Fünftels.

Deutsches Volkseinkommen

Um 400 Millionen gesunken

(Inpres.) Selbst nach der Schätzung des nationalsozialistischen Statistischen Reichsamtes betrug das Volkseinkommen im ersten Halbjahr 1934: 24 Milliarden gegenüber 28 Milliarden in der gleichen Periode 1932. Das Gesamteinkommen des deutschen Volkes ist demnach unter dem Hitler-Regime - sogar nach Anpassung um 400 Millionen gesunken.

Maßnahmen, sondern mit rücksichtsloser Strenge zur Durchföhrung werden müssen, wird sie sich behaupten und durchsetzen. Anders ist der Kampf verloren. Man bedenke, daß wir erst am Anfang der Vorbereitung zur Abstimmung stehen.

Wird sich die Regierung durchsetzen? Wird sie der Völkerverband stützen?

Oeffentliche Saarwirtschaft

Die Regierungskommission will kontrollieren, um gewisse Betriebe hochkapitalistischer Gleichschaltungen im Namen der „deutschen Front“ zu unterbinden

Saarbrücken, 12. Januar.

Eigentlich war die Einberufung der geöhrigen Landesratstagung eine formale Sache, d. h. der Landesrat hatte lediglich eine eingegangene Vorlage an die zuständige Kommission zur Beratung zu verweisen und dabei nur diesen Beschluß zu fassen.

Gerade die Vorlage über die Elektrizitäts-, Gas- und Wasser-Wirtschaft im Saargebiet, die gewissen Banken und Zöhlischen Östler und seiner Getreuen, besonders aber den Maschinenbau des Herrn Röschling (der im Nationalsozialismus an der Saar die Rolle gleich Thobias an Rhein und Ruhr spielt) forderten die Regierung heraus, durch diese Verordnung sich die Kontrolle dieser Betriebe zu ermöglichen. Darob große Entrüstung in der „deutschen Front“. Sie will diese Betriebe jeder Kontrolle entziehen, daher hat man auch alle Sozialdemokraten, zum Beispiel aus dem maßgebenden Verteilungsunternehmen der Saar-Elektrizitätsgesellschaft, der Vereinigten Saarländischen Elektrizitätsgesellschaft (VSE), hinausgewählt. Diese sollen nicht die Finanzverwaltung dieser Betriebe unter dem Herrn Röschling „führen“ leben oder vielleicht gar unterbinden. Wie dieser seine Geschäfte in die Saar-Elektrizitätsgesellschaft einzuschalten wüßte, wie er der öffentlichen Wirtschaft seine eigenen halbkapitalistischen Betriebe sehr teuer anzudrehen wüßte, wie er jetzt, im Bündnis mit den Nazis, auf die 70 Millionen RM des Umlages der „VSE“ sein glänzendes Geschäft wüßte (spekuliert) - das alles wies Genosse Peter von der Freiheitsfront eindringlich und klar nach.

Die „deutsche Front“ schickte darauf den ehemaligen Führer des öhrischen Bergarbeiterverbandes und jetzigen Führer (von Lena Gnaden) der „deutschen Gewerkschaftsfront“, Herrn Kiefer, vor, der keine Verlegenheiten und innere Hemmungen unter ein hohes Geheiß zu verbergen suchte.

Früher, als es noch keine „deutsche Front“ gab mit ihrem Terror und mit ihren dunklen Maschinenbau, hatte sich die Regierungskommission wenig um die Kraftwirtschaft im Saargebiet gekümmert. Aber jetzt fordern gerade die tüchtigen und skrupellosen Männlein von der „deutschen Front“ durch ihre Handlungen das Einschreiten der Saarregierung selbst heraus. Auf sie fällt daher auch alle Verantwortung zurück. Sie sind nicht nur die Verantwortlichen für den Terror an der Saar, sondern auch die Ursache aller Maßnahmen, die die Regierungskommission trifft, um Ruhe und Ordnung hier anzuordnen zu erhalten und um die deutsche Bevölkerung des Saargebietes vor Ausplünderung durch die kapitalistischen Freunde des Herrn Hitler, so gut sie es vermag, zu schützen.

Für den Gehaltsbeitrag verantwortlich: Johann Pfl in Tübingen; für Inserate: Otto Kub in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 2.

Achtung, Eltern!

Mein Jugendhemd, bedient vergrößert, befindet sich jetzt in MARNES-LA COQUETTE, 3^{me} Grande Rue 20 Minuten Bahnfahrt vom Bahnhof St. Lazare, Paris Telefon: Garches Nr. 629.

Große Villa mit riesigem Park, fließendes Wasser in jedem Zimmer, Zentralheizung usw. Überleitung in die franz. Schulen, Gymnastik, Sport

FRAUDR. BERG